Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 262. Donnerstag, den 7. November 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Württemberg im Wahlkampf.

Am 16. November wird in Württemberg die erste Entscheidung über die Neubildung der Zweiten Kammer fallen. Von den 92 Mandaten, die im ganzen zu vergeben sind, haben zunächst die Bezirke 75 zu besetzen, davon die Stadt Stuttgart 6, die 63 Oberamtsbezirke und die 6 sogenannten „guten Städte“ je einen. Während die sechs Abgeordneten der Stadt Stuttgart nach dem Proporz gewählt werden, gilt für die Einerwahlen in den Bezirken das romanische Verfahren, das heißt im ersten Wahlgange entscheidet die absolute, im zweiten, in dem wieder volle Freiheit in der Kandidatenaufstellung herrscht, die relative Mehrheit. Der zweite Wahlgang ist bereits festgesetzt auf den 29. November. Die weiteren 17 Abgeordneten werden in einem späteren Wahlgang, der spätestens am 38. Tage nach dem ersten Wahltage in den Bezirken stattfinden muß, von der in zwei Wahlkreise geteilten Wählerschaft des ganzen Landes nach dem Verfahren der Verhältniswahl gewählt. Der nördliche Wahlkreis wählt 9, der südliche 8 Vertreter.

Die Zusammensetzung des Landtags am Schluß der letzten Periode war unter Berücksichtigung des Wahlverfahrens, aus dem die Abgeordneten hervorgingen, folgende:

	Stuttgarter Proporz	Bezirks-wahlen	Landes-proporz	Zu-sammen
Sozialdemokratie	3	9	4	16
Volkspartei	1	19	4	24
Nationalliberale	1	10	2	13
Zentrum	—	21	4	25
Konservative	1	10	3	14

Das Wahlrecht ist genau dasselbe wie bei den Reichstagswahlen, mit der einzigen Einschränkung, daß der Wähler im Besitz des württembergischen Staatsbürgerrechts sein muß, das aber von jedem im Lande Ansässigen ohne Rücksicht auf die Dauer der Ansässigkeit und die Steuerpflicht gegen eine Gebühr von 50 Pf. für die auszustellende Urkunde erworben werden kann. Der Wahlkreiseinteilung für die Bezirkswahlen haften aber auch dieselben Mängel an wie der Einteilung der Reichstagswahlkreise. Die Stadt Ellwangen z. B., die bei der unter dem Protektorat Napoleons erfolgten großen Länderverteilung durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803 zu Württemberg kam und bei der Erneuerung der Verfassung im Jahre 1819 für die Einbuße ihrer fürstpropsteilichen Selbständigkeit durch eine Sondervertretung im Landtage entschädigt wurde, wählt mit 4700 Einwohnern ebenso einen Abgeordneten wie das Oberamt Eßlingen mit 59 000, das Oberamt Göppingen mit 63 000 Einwohnern. Auch unter den Oberämtern gibt es solche mit 19 000 und 20 000 Einwohnern, die gegenüber den großen Oberämtern bedeutend begünstigt sind. Die Versuche unserer Fraktion bei der letzten Verfassungsreform, diese Ungerechtigkeiten durch Einführung allgemeiner Verhältniswahlen zu beseitigen, blieben erfolglos. Da aber in den letzten sechs Jahren in zahlreichen Fällen sich gezeigt hat, daß zu der parteipolitischen Begünstigung bezw. Benachteiligung, die aus dieser Ungleichheit der Wahlkreise entspringt, auch noch eine schwere Schädigung der allgemeinen Landesinteressen kommt, insofern nämlich die Vertreter der kleinen Bezirke die Kirchturmsinteressen voranstellen, hat unsere Partei an die Spitze der praktischen Forderungen unseres Wahlprogramms die der allgemeinen Verhältniswahl gestellt. Da die bürgerlichen Parteien sämtlich mit den praktischen Erfahrungen, die mit der Verhältniswahl seit sechs Jahren bei den Gemeindewahlen, bei den Landtagswahlen in Stuttgart und den beiden Landeswahlkreisen gemacht wurden, überaus zufrieden sind, da ferner in Baden sämtliche bürgerlichen Parteien, in Bayern die liberalen Parteien sich zu der Forderung der allgemeinen Verhältniswahl bekennen, da endlich im Reichstage die Fortschrittler selbst die Verhältniswahl beantragt und die Nationalliberalen sich sympathisch dazu geäußert haben, muß ihr Widerstand gegen diese Forderung in Württemberg der Wählerschaft um so unbegreiflicher erscheinen. Der Grund dieses Widerstandes ist teils Abneigung gegen den demokratischen Fortschritt, teils nackter Parteiegoismus. Dieser ist besonders entscheidend für die Volkspartei, die bei den Bezirkswahlen im zweiten Wahlgang von links und rechts Unterstützung findet und folglich den größten Gewinn davonträgt. Agitatorisch kann es indessen unserer Partei nichts schaden, wenn sie als alleinige Vertreterin des gerechtesten aller Wahlsysteme auftritt, das schon John Stuart Mill mit aller Schärfe forderte.

Neben dieser Frage sind im Wahlkampfe lebhaft umstritten kirchen- und schulpolitische Forderungen. Die Regierung läßt eine Denkschrift ausarbeiten, auf Grund deren eine reinliche finanzielle Scheidung zwischen Kirche und Staat herbeigeführt werden soll, die in der Verfassung von 1819 schon versprochen worden ist. Wie unsere Fraktion im letzten Landtag die Debatten über diese Frage schon dazu benützt hat, die vollständige Trennung von Kirche und Staat zu fordern, so findet sich diese Forderung nunmehr auch unter den zu einem sozialdemokratischen Aktionsprogramm zusammengestellten dringlichsten Landesaufgaben. Daß das Zentrum und die Konservativen sich mit aller Kraft dieser Reform wiedersetzen, braucht nicht besonders betont zu werden. Aber auch die liberalen Parteien, sogar die ehemals radikale Demokratie, das heutige württembergische Fähnlein der Fortschrittlichen Volkspartei, versagen wieder einmal. Sie begnügen sich mit der Forderung der Neuordnung der finanziellen Verhältnisse von Kirche und Staat, die innige organisatorische und politische Verbindung der beiden wesensverschiedenen Faktoren wollen sie nicht berührt wissen. Ja sie verteidigen sogar die Ueberwucherung der Volksschule mit dem konfessionellen Religionsunterricht und überlassen es der Sozialdemokratie allein, die Beseitigung der Konfessionsschule zu fordern. Zaghaft machen die liberalen Parteien unserer weiteren Forderung der Uebernahme der Schullasten auf den Staat das Zugeständnis, daß sie wenigstens die Gemeinden von den persönlichen Schullasten, die sie heute noch zu tragen haben, befreien wollen. Die Rechte und das Zentrum lehnen auch das noch entschieden ab, da sie von jeder weiteren finanziellen Inanspruchnahme des Staates für Schulzwecke die volle Verstaatlichung und die Entkonfessionalisierung der Volksschule befürchten. Von den sozialdemokratischen Aufgaben ist von unserer Partei die Förderung der Arbeitslosenversicherung durch den Staat in den Vordergrund gestellt worden. Einen kleinen Erfolg hat unsere Fraktion in dieser Frage im letzten Landtag bereits erzielt, indem sie eine Mehrheit erreichte für den Antrag, daß solchen Gemeinden, die Einrichtungen zur Unterstützung Arbeitsloser treffen, Staatsbeiträge zu reichen seien. Stuttgart hat nun neuerdings eine Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System eingeführt. Jetzt ist die Reihe am Staat, seine Pflicht zu tun. Da hat man aber vor kurzem erleben müssen, daß das Gesamtkollegium der Zentralstelle für Gewerbe und Handel, eine zur großen Mehrheit aus Unternehmervertretern bestehende begutachtende und beratende Körperschaft, gegen den Landtagsbeschluß entschieden Stellung genommen hat, weil die staatlichen Beiträge zur Förderung der Sozialdemokratie und zur Entlastung der gewerkschaftlichen Zentralverbände dienen würden! Es ist also mit lebhaften Kämpfen in diesem Punkt im nächsten Landtag zu rechnen, um so mehr, als nicht nur das nationalliberale, sondern auch das volksparteiliche Wahlprogramm sich zu der Frage ausschweigt und das des Zentrums mit einer unverbindlichen Bemerkung daran vorbeihuscht.

Eine weitere wichtige Frage des Wahlkampfes ist die Fortführung der Steuerreform, die sich seit 1903 in halbfertigem Zustande befindet. Die progressive Einkommensteuer, behaftet allerdings mit schweren Mängeln, ist damals eingeführt worden, die alten Ertragssteuern aber, die durch eine Vermögenssteuer ersetzt werden sollen, bestehen noch fort, obgleich diese Reform seit 1895 von allen bürgerlichen Parteien versprochen wird. Natürlich läßt es unsere Partei an der Hervorhebung der bürgerlichen Versündigung am Volk nicht fehlen.

Die Konstellation der Parteien ist eine ziemlich einfache. Es stehen sich eigentlich nur drei Parteien gegenüber: die Sozialdemokratie, die ihre komplette Kandidatenliste vor einigen Tagen veröffentlicht hat, die beiden liberalen Parteien, die durch ein Wahlabkommen das Land unter sich aufgeteilt haben, und die schwarz-blaue Koalition, die ohne Wahlabkommen auf der ganzen Linie zusammenhält. Die Sozialdemokratie hat in allen Bezirken des Landes Kandidaten aufgestellt, darunter nur wenige Doppelkandidaturen in aussichtslosen Bezirken. Sie führt den Kampf rücksichtslos gegen alle bürgerlichen Parteien, schont namentlich auch die Volkspartei nicht, mit der sie in zahlreichen Bezirken um das Mandat ringt. Die Volkspartei hat durch ihr Bündnis mit den Nationalliberalen ihre ungünstige Lage nicht sehr verbessert. Einmal muß der Anschluß an die Partei, die Jahrzehnte hindurch als der Erzfeind der bürgerlichen Demokratie galt, den Eindruck der Schwäche hervorrufen, zum anderen neigen die württembergischen Nationalliberalen am weitesten nach rechts unter ihren süddeutschen Gesinnungsgenossen. Es ist den Nationalliberalen daher auch keineswegs wohl an der Seite der Volkspartei, am liebsten würden sie mit den konservativen Bündlern Halbpart machen. Sie suchen denn auch hinter dem Rücken der Volkspartei, Fühlung mit der Rechten zu gewinnen. Die Bündler aber fordern zuvor eine vollständige Lossage der Nationalliberalen von der Volkspartei, zu der es im zweiten Wahlgang noch kommen kann. Schon jetzt werden im nationalliberalen Lager der Unterstützung verschiedener volksparteilicher Kandidaten, die das Wahlabkommen vorschreibt, Schwierigkeiten bereitet.

Die Konservativen und das Zentrum arbeiten zielbewußt auf die Zurückdrängung der Volkspartei hin, die seit 18 Jahren den entscheidenden Einfluß auf die Regierung ausübt. Der Haß des Zentrumsführers Gröber gegen die Führer der Volkspartei ist nach der Verleihung des Exzellenztitels an Herrn v. Payer noch bitterer geworden. Der Kampf wird daher zwischen Zentrum und Volkspartei mit der größten Schärfe geführt, obgleich das Zentrum nicht die leiseste Möglichkeit hat, der Volkspartei oder überhaupt einer anderen Partei ein Mandat abzunehmen. Das Zentrum ist auf die überwiegend katholischen Bezirke des Oberlandes dauernd beschränkt, zwei bei der letzten Wahl durch Zufall gewonnene Mandate wird es sogar wieder abtreten müssen, zu stärkerem Einfluß kann es nur mit Hilfe der Konservativen kommen, die ihm nach allen Richtungen gefällig sind. Die Gefahr einer schwarz-blauen Mehrheit aber liegt, wenn sie auch nicht ganz ausgeschlossen ist, nicht sehr nahe. In ihrem eigenen Interesse wird die Volkspartei im zweiten Wahlgang dafür sorgen müssen, daß Schwarzblau in Württemberg nicht Trumpf wird.

Die Kämpfe dauern an.

Das Blutvergießen nimmt noch immer kein Ende. Auf allen Seiten wird noch gekämpft, trotzdem die Nutzlosigkeit doch jedem einleuchten muß. Wäre es da nicht möglich, daß sich die kriegführenden Staaten auf einen Waffenstillstand einigen könnten, um doch dem zwecklosen Abschlachten von blühenden Menschenleben ein Ende zu bereiten?

Wohl könnte man die Fortsetzung des Kampfes auf türkischer Seite verstehen, wenn ihnen noch irgend ein bedeutungsvoller Erfolg winken würde. Das aber ist jetzt völlig ausgeschlossen, nachdem nunmehr auch die Nachhut der Türken zwischen Tschonlu und Sarai nach äußerst heftigem Widerstand auf die Tschataldscha-Linie zurückgeworfen wurde, wobei die Türken noch größere Verluste erlitten haben sollen, als bei Lüle Burgas; nachdem weiter der Kommandeur von Saloniki wegen Übergabe der Stadt mit den Feinden verhandelt und der türkische Widerstand hier nach einem harten Kampfe gebrochen ist und nachdem schließlich Monastir sich den Serben ergeben haben soll. Unter den Umständen ist ein weiterer türkischer Widerstand zwecklos. Die Türkei ist endgültig besiegt; daran ändern auch anderslautende türkische Meldungen nichts.

Die Schrecken des Krieges erhellen u. a. aus folgender bulgarischer Meldung: Nach den Kämpfen bei Wisa und Lüle-Burgas verwüsteten die Türken beim Rückzuge, wie glaubhaft versichert wird, Rodosto und steckten es teilweise in Brand. Die Soldaten sengen und brennen beim Rückzuge alle Dörfer nieder. Dabei sollen viele bulgarische Bauern erschlagen worden sein. Allerdings war vorher aus allen bulgarischen Dörfern auf Truppen, vor allem auf allein reitende Offiziere, von Komitatschis und Bauern oft mit Schrot und Jagdmunition geschossen worden. Auf dem Rückzuge von Wisa und Sarai wurden viele Soldaten in der Panik niedergetreten und blieben vor Hunger erschöpft im meterhohen Schlamm stecken.

In verschiedenen Orten, u. a. in Kirk-Kilisse, Lüle-Burgas, Baba-Eski, Bunar-Hissar, wurden bulgarische Verwaltungen eingeführt.

Admiral Kunduriotis meldet: Die Insel Tenedos ist gestern Mittwoch nachmittag 3 Uhr durch ein griechisches Geschwader besetzt worden.

Über Bulgariens Standpunkt in der Vermittlungsfrage verlautet in Paris: Bulgarien wird zwei wesentliche Vorbedingungen stellen: sofortige Übergabe Adrianopels und die Gesamtbürgschaft der Großmächte dafür, daß die Türken während des zu bewilligenden Waffenstillstandes keine Truppen aus Asien nach der europäischen Türkei bringt. Die Übergabe Adrianopels würde ein schweres Opfer für die osmanische Regierung bedeuten; man glaubt aber, daß es doch gebracht werden wird, wenn die Großmächte darauf bestehen sollten.

Und der König Nikolaus von Montenegro sprach sich einem Vertreter des „Neuen Wiener Tagebl.“ gegenüber dahin aus: Ich möchte betonen, daß ich über den Sieg der gerechten Sache hoch erfreut bin. Die Idee des Balkanbundes trug den Sieg davon, wodurch ein neuerer Faktor der Balkanpolitik zur Geltung kam. Wir haben unsere Siege allein erkämpfen wollen und wollen jetzt

unsere Angelegenheiten allein in Ordnung bringen. Unsere Siege haben uns keineswegs derartig kühn gemacht, daß wir auch nur einen Augenblick übersehen können, unsere Wünsche in Einklang zu bringen mit der Sachlichkeit der Lage Europas. Wir wünschen lediglich einen solchen Frieden, der uns Gerechtigkeit verbürgt und unseren Brüdern uneingeschränkte Freiheit gewährleistet.

In Konstantinopel herrscht natürlich eine kolossale Erregung, die noch von den Jungtürken geschürt wird. Unser Mitarbeiter in Sofia telegraphiert uns von dort:

„Wie ich aus bestinformierter Quelle erfahre, wird die Aufregung unter der türkischen Bevölkerung von den Jungtürken geschürt, die sich bemühen, die Situation auszunutzen, um die türkische Regierung zu stürzen und die Staatsgewalt an sich zu reißen.“

Auch die Jungtürken werden von der europäischen Türkei nicht viel mehr retten können.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Nachwahl in Berlin I.

Die fortschrittliche Presse ist von dem „stolzen“ Wahlsieg natürlich hocherfreut, sie phantasiert von der Werbekraft des liberalen Gedankens und das „Berliner Tageblatt“, das den Wahlkampf so unübertroffen schäbig geführt hat, versteigt sich zu der Zumutung an den Reichstag, Herrn Kaempf einfach durch Zuruf wieder zum Präsidenten zu wählen. Die schwarz-blaue Presse behauptet steif und fest, daß die Sozialdemokratie den Wahlkampf gedämpft geführt habe, eine Behauptung, so unsagbar dumm, daß sich eine Polemik dagegen nicht lohnt. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ dagegen schreibt zum Ausfall der Wahl:

„Ein auffallender Rückgang der Stimmen gegen die Haupt- und Stichwahl im Januar dss. Js. ist zu verzeichnen gewesen. Gestern betrug die Zahl sämtlicher abgegebenen Stimmen nur 9539, während am 12. Januar für sämtliche Kandidaten 11 155 Stimmen und in der Stichwahl 11 167 abgegeben wurden. Die Wahlbeteiligung betrug nur 71 % gegen 80 % im Januar. Es ist also ein Minus von 1616 Stimmen zu verzeichnen. Wie schon erwähnt, hat die Zahl der Wähler im ersten Wahlkreise erheblich abgenommen. Im Januar betrug sie 13 407 und ist auf dem Papier noch ebenso vorhanden. Tatsächlich aber gibt es nur noch 11 990 Wähler, die im ersten Wahlkreise wohnen, 1417 Wähler waren verzogen. Selbst die Sozialdemokraten vermochten ihre „Genossen“, die in den verschiedensten Stadtteilen ihrer Arbeit nachgehen, nur zum geringen Teil zu bewegen, eine Reise durch Berlin zu machen und am Wahltisch zu erscheinen. Noch eigenartiger war die Haltung der Demokraten. Es hat den Anschein, als ob ihre 1395 Mann am 12. Januar keine waschechten Demokraten sind, sondern zum großen Teil verärgerte Freisinnige gewesen waren, die nun zu Kaempf zurückkehrten.“

Die Nachwahl in Greifenberg-Kammin.

Die Reichstagsersatzwahl für den verstorbenen konservativen Abgeordneten v. Normann im Wahlkreise Greifenberg-Kammin ist auf den 16. November angesetzt worden.

Stimmungsumschwung der Börse.

Dienstag noch schwer deprimiert, schien die Berliner Börse am Mittwoch aller politischen Sorgen entlastet zu sein. Was diesen Umschlag bewirkte, war in erster Reihe die Meldung, Poincaré habe auf ein zweites Interventionsersuchen der Türkei allen Mächten ohne Ausnahme unverzüglich mitteilen lassen, daß Frankreich geneigt wäre, sich mit ihnen über das neue Ersuchen ins Einvernehmen zu setzen. Von der Spekulation, die an den Vortagen verkauft hatte, wurden Rückkäufe und Meinungskäufe vorgenommen; die Kurse konnten daraufhin auf allen Gebieten beträchtlich anziehen. So stiegen Montanwerte um etwa drei Prozent, Banken-, Elektrizitäts- und Schiffahrtswerte um 2 Prozent und darüber.

An der Wiener Börse entwickelte sich eine gleiche Bewegung. Das am Dienstag von dem Grafen Berchtold in den Delegationen gegebene Exposé über die Politik Oesterreichs wurde als Zeichen für die Wahrscheinlichkeit einer friedlichen Lösung aufgenommen. Auch im weiteren Verlaufe behauptete sich in Berlin die feste Haltung der Börse; verschiedene Werte konnten ihre Kurse weiter bessern. Es trug zur Erholung auch die Erwartung bei, daß nach Erledigung der Präsidentschaftswahl in Amerika die amerikanische Börse zu einer Aufwärtsbewegung neigen werde.

Kolonialkrieg in Sicht?

An der Küste der Neger-Republik Liberia sind, wie amtlich bestätigt wird, Unruhen ausgebrochen. Mehrere Faktoreien, darunter auch deutsche, sollen bedroht sein. Die deutsche Regierung hat deshalb das in Duala stationierte Kanonenboot „Panther“ zum Schutze der deutschen Interessen entsandt.

Der Negerstaat steht vor dem finanziellen Zusammenbruch, den Engländern ist er verschuldet, sie haben dafür die Oberhoheit über die Zolleinnahmen. Die Amerikaner waren bereit, eine Anleihe zu geben, aber nur, wenn ihnen die Zolleinnahmen abgetreten worden wären, auf welche aber natürlich die Engländer nicht Verzicht leisten wollen. Hoffentlich beschränkt sich die Aufgabe des „Panther“ darauf, die gefährdeten Deutschen eventuell an Bord zu nehmen.

Zu dem freisinnig-nationalliberalen Landtagswahlabkommen in Nordhausen

wird uns geschrieben:

Das Abkommen, das der Nordhäuser Freisinn mit den Nationalliberalen getroffen hat, ist besonders bemerkenswert; diese Nationalliberalen zeichnen sich durch ganz besondere Feindschaft gegen eine fortgeschrittene Wahlreform, insbesondere gegen das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht aus. Außerdem müssen die freisinnigen Führer wissen, daß der Kreis Nordhausen der Reaktion nur vorenthalten werden kann, wenn die Sozialdemokraten den Gegnern der Reaktion zu Hilfe eilen. Bei strenger Einhaltung der Wahlvorschriften wäre die Majorität Wiemers schon bei der letzten Wahl auf einige Stimmen zusammengeschmolzen. Die Konservativen entfalten schon jetzt eine rege Arbeit; es ist wahrscheinlich, daß sie mit Hilfe aller ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ihre Wahlmännerzahl vermehren. Und die Sozialdemokratie, die in der Zeit von 1903—1908 ihre Wahlmännerzahl von 6 auf 20 erhöhte, wird sicher auch 1913 einen erheblichen Zuwachs erhalten. Der Liberalismus hat aber gar keine Aussicht, seine Lage zu bessern. Es liegt sicher in der Hand der Sozialdemokratie, wie der Kreis Nordhausen im preußischen Abgeordnetenhaus vertreten sein wird.

Ob es besonders klug von den Freisinnigen ist, unter Beschimpfung der Sozialdemokratie mit einer Partei zu kompromisseln, die in diesem Bezirk vor einigen Tagen offiziell durch einen ihrer Abgeordneten erklären ließ, daß für sie das gleiche, allgemeine Wahlrecht für den Landtag nicht in Frage käme, möchten wir doch bezweifeln.

Die Alldeutschen auf Eroberungspfaden.

Das Schicksal des Osmanenreiches scheint besiegelt und der Streit um den Anteil an der Beute setzt ein. Kein Wunder, daß auch unsere Alldeutschen ihre Stimme vernehmen lassen, weil sie meinen, Deutschland müsse stets dabei sein, wenn irgendwo auf dem Erdenrunde Differenzen entstehen. In der „Post“ machen die Alldeutschen ihre Forderungen geltend. Auf Landerwerb im bisherigen Gebiete der europäischen Türkei, wollen sie verzichten, dafür lenken sie den Blick der deutschen Imperialisten auf Syrien. Die „Post“ führt dazu aus:

„Gerade hier in Syrien bietet sich uns eine letzte Möglichkeit, eine Kolonie zu erwerben, welche in der Hand deutscher Techniker, deutscher Ackerbauer und deutscher Kaufleute von unschätzbarem Werte ist, und die nur einen angemessenen Ausgleich für die großen Aufwendungen bilden würde, die wir bereits in das Bagdadbahnunternehmen und in die Erschließung des Landes hineingesteckt haben. Hinzu kommt noch, daß wir in jenen Landstrichen, in Syrien sowohl wie auch in Palästina, bereits blühende deutsche Siedelungen haben, so daß wir also keine Fremdlinge mehr im Lande sind. Auf die große moralische Wirkung schließlich zu verweisen, die es haben würde, wenn Jerusalem und die allen Christenvölkern heiligen Stätten in unseren Besitz kommen würden, müßte hier zu weit führen.“

An Bescheidenheit haben die Alldeutschen nie gelitten, die Forderungen aber, die sie hier aufstellen, sind so ungeheuerlicher Art, daß eine ernsthafte Diskussion sich ganz von selbst verbietet. Im Zusammenhang mit diesen Forderungen stehen giftige Drohungen gegen die Regierung, die es nicht mehr wagen dürfe, von einer internationalen Länderauktion — zwei Kongozipfel nach Hause zu bringen!

In Deutschland nimmt man die Hanswurstiaden der Alldeutschen als das was sie sind, als den Ausfluß verschrobener Ideen überspannter Köpfe. Anders natürlich im Ausland, wo solche Auslassungen begierig aufgenommen und dann zu einer Hetze gegen Deutschland verwendet zu werden pflegen. Darin allein liegt das Bedenkliche der alldeutschen Treibereien.

Der Vater des Sozialistengesetzes,

Graf Botho zu Eulenburg, ist am Dienstag in Berlin im Alter von 81 Jahren gestorben. Dieser Eulenburg war am Anfang seiner Laufbahn Landrat in Deutsch-Krone und trat dann 1864 als Hilfsarbeiter ins Ministerium des Innern. Drei Jahre darauf wurde er Vortragender Rat. Zwei Jahre später ging er als Regierungspräsident nach Wiesbaden, dann in gleicher Eigenschaft nach Metz. 1873 wurde er Oberpräsident von Hannover. Von 1878 bis 1881 war er unter Bismarck Minister des Innern, und als solcher ist er, wenn auch nicht eigentlicher Urheber des Sozialistengesetzes, so doch der Mann geworden, der diesem Kinde der Reaktion den Namen gab. Seine Handlangerdienste für die Reaktion, die freilich ganz seiner junkerlich-reaktionären Auffassung entsprachen, schützten ihn aber nicht davor, von Bismarck heimtückisch-brutal abgeschoben zu werden, als er ihm unbequem wurde. Er wurde, wie der Parlamentswitz damaliger Zeit sich ausdrückte, „gerommelt“. In der Herrenhaussitzung vom 19. Februar 1881 trat Graf Eulenburg im Interesse des Zustandekommens der Novelle zur Kreisordnung für die Annahme eines Beschlusses des Abgeordnetenhauses ein, der die Uebertragung der Disziplinargewalt über die Gemeindevorsteher von den Kreisausschüssen auf die Landräte ablehnte. Abgeordneter v. Kleist-Retzow hatte diesen Beschluß lebhaft bekämpft, Graf Eulenburg trat für ihn ein, und unmittelbar nach ihm erhob sich Ministerialrat Rommel aus dem Handelsministerium und verlas ein Reskript des durch Unwohlsein am Erscheinen verhinderten Ministerpräsidenten Bismarck, der das Herrenhaus ersuchte, gegen den Beschluß des Abgeordnetenhauses Stellung zu nehmen. Nach der Verlesung dieser überraschenden Erklärung wurde die Herrenhaussitzung vertagt. Graf Eulenburg reichte sofort seine Entlassung ein und Bismarck hatte seinen Zweck, ihn zu verdrängen, erreicht.

Unter der Reichskanzlerschaft Caprivis wurde dieser Eulenburg dann 1892 preußischer Ministerpräsident und zwei Jahre später wurde nun der Reichskanzler gewissermaßen sein Opfer. Als Vater des Sozialistengesetzes hatte er durch dessen Wirkung nicht so viel gelernt, daß er die Notwendigkeit erkannte, ohne solche Ausnahmegesetze auskommen zu müssen. Er verlangte abermals „entschiedene Maßregeln“ gegen die Sozialdemokratie, die Graf Caprivi, der sich als Gegner von Ausnahmegesetzen bekannte, nicht zubilligen wollte. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden führten schließlich dazu, daß beide am 26. Oktober 1894 ihre Entlassung erhielten.

Amerika.

Die Wahl Wilsons. Die Stimmenzahl, die Wilson erhält, ist wahrscheinlich die größte, die je ein Präsidentschaftskandidat erhalten hat. Sicher hat er 404 Wahlmännerstimmen aus 38 Staaten. Taft hat bisher nur Idaho, Vermont, Utah und Wyoming mit 15, Roosevelt Illinois, Iowa, das anfangs für Wilson gewonnen schien, Washington, Kansas, Michigam und Pennsylvania mit 112 Stimmen. In allen zweifelhaften Staaten hat Wilson gesiegt. Sein Sieg in den republikanischen Hochburgen Maine und Massachussets ist besonders bemerkenswert. Roosevelt erhielt weniger Stimmen, als seine Anhänger erwartet hatten. Er war in vielen Landesteilen an dritter Stelle. In Neuyork erhielt Wilson 698 000, Taft 493 000 und Roosevelt 419 000 Volksstimmen. Die Neuyorker Staatslegislatur ist demokratisch geworden. Das sozialdemokratische Mitglied der Neuyorker Legislatur, der sozialistische Kongreßmann Berger, ist anscheinend geschlagen. In das Unterhaus des Kongresses werden voraussichtlich 290 Demokraten, 132 Republikaner und 13 Progressisten kommen. Im Bundesrat haben die Demokraten anscheinend eine Mehrheit von sechs Sitzen erobert. Eine demokratische Kontrolle der Durchführung des Tarifprogramms ist notwendig. Die republikanische Neuyork Tribuna erklärt, Wilsons Sieg sei die Folge von Roosevelts Wunsch, die republikanische Partei zu zerschmettern und die Folge seines übertriebenen Ehrgeizes und seiner persönlichen Animosität.

Konzentration des Kapitals in den Vereinigten Staaten. Das Repräsentantenhaus Nordamerikas hat vor einiger Zeit eine Kommission veranlaßt, die Konzentration des Finanz- und Handelskapitals zu untersuchen. Wochenlang sind Zeugen und viele Fachleute vernommen worden. Das Resultat eines Teiles dieser eingehenden Untersuchungen liegt nunmehr vor. Die innige Verschwägerung der Finanzkönige, der Morgans, Rockefellers, Goulds, Vanderbilts, Guggenheims 2c. wird ausführlich dargestellt. Nach der offiziellen Schilderung bilden die geplagten Millionäre Nordamerikas eine recht glückliche Familie, die eng miteinander verbunden sind und sich bei allen „Transaktionen“ brüderlich unterstützen. Die Finanzdynastie Nordamerikas wird von etwa 300 Millionären gebildet. An deren Spitze stehen J. P. Morgan und seine zwölf Partner, dann kommen die dreißig Direktoren der National City Bank in Neuyork, denen die fünfzehn Direktoren der First National Bank zu Neuyork folgen, diesen folgt dann der Rest der Geldkönige. Die beiden Finanzmagnaten Morgan und Rockefeller „kontrollieren“ 36 Prozent des gesamten mobilen Kapitals des Landes. Der Bericht behauptet zwar nicht, daß diese zwei Trustherren ein ganzes Drittel des Kapitals des Landes persönlich besitzen, sondern, daß sie durch eine innige Verbindung der Verwaltungen von Finanzunternehmen einen solchen Teil des mobilen Kapitals des Landes beherrschen, und auf dessen Industrie- und Finanzwirtschaft einen übermächtigen Einfluß ausüben. Die beiden Trustherren „kontrollieren“ mit einem Stab von 320 Millionären, die in den Verwaltungen einer Anzahl Finanzinstitute sitzen, ein Kapital von 24 686 328 675 Dollar oder 103 682 Millionen Mark. Von dieser Riesensumme sind angelegt in industriellen Unternehmen 15 636 Millionen Dollar, in Eisenbahnen 1725 Millionen, in Finanzinstituten 4500 Millionen, in Bergwerken 1500 Millionen und 1322 Millionen in anderen Unternehmen. Die Untersuchungskommission setzt ihre Enquete fort zum Zwecke der Ausarbeitung eines Gesetzes, durch das der allmächtige Finanztrust verhindert werden kann, sich noch mehr von den Reichtümern des Landes anzueignen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 7. November.

Die Tagesordnung der Versammlung der Bürgerschaft am Montag, dem 11. November, abends 6 Uhr, lautet wie folgt: I. Wahl der Kommission zur Vorprüfung des Antrags Meyborg, betreffend einheitliche Regelung des Gehaltes der lübeckischen Zollbeamten. II. Beschlußfassung der Bürgerschaft zur Rückäußerung des Senates vom 19. Oktober d. J., betreffend die Eingemeindung Travemündes u. w. d. a. III. Mitteilungen des Senates. IV. Anträge des Senates: 1. Staatsseitiger Erwerb von Ländereien der Firma Louis Wolff C.-G. in Siems. —Zahlung einer Entschädigung an das St.-Johannes-Jungfrauenkloster. 2. Instandsetzung des Lagerplatzes auf der Wallhalbinsel an der Stelle des abgebrannten Güterschuppens. 3. Legung von Gashauptrohren auf dem für den Anbau freigegebenen Gelände in der Gemeinde Israelsdorf. 4. Nachbewilligung auf budgetmäßige Ausgaben im Rechnungsjahr 1911. 5. Gewährung einer Unterstützung aus Staatsmitteln und Bau eines Schulgebäudes für die höhere Mädchenschule von Fräulein Freese. 6. Nachbewilligung auf die Ausgaben der Oberschulbehörde im Rechnungsjahr 1911. 7. Umwandlung zweier Stellen für seminarisch gebildete Lehrkräfte an der Ernestinenschule in solche für akademisch gebildete. 8. Einbau eines zweiten Verbrennungsofens im Krematorium. 9. Gewährung einer Pension an den verwaltenden Oberarzt des Allgemeinen Krankenhauses Dr. Hofstaetter. 10. Erhöhung des Kostgeldtarifs des Allgemeinen Krankenhauses und Neuordnung der Anstellungsverhältnisse der Oberärzte. 11. Ausgleichung der Baurechnung für das Rechnungsjahr 1911. 12. Beseitigung der Sielablagerungen in den Häfen bei der Stadt.

Verunreinigung der Trave durch Siele. Nach einem Senatsdekret hat die Baudeputation durch ein Schreiben des Chemikers Dr. Behn dargelegt, daß die in diesem Sommer besonders unangenehm bemerkbar gewordene Verunreinigung der Trave durch die aus den Sielen in den Fluß gelangenden Sielwasser eine Beseitigung der in der Trave vorhandenen Schlammassen dringend erforderlich macht. Die Behörde hat in Aussicht genommen, die nötigen Arbeiten durch einen ihrer Spülbagger, der mit einem Saugrohr versehen werden soll, ausführen zu lassen, und hofft, daß es auf diese Weise gelingen werde, in zwei Monaten die Hafenbecken innerhalb der Stadt und den unteren Seehafen bis zur Struckfähre auszuschlammen. Die hierfür aufzuwendenden Kosten sind auf 14 000 Mk. berechnet. Da es der Baudeputation an Mitteln zu deren Deckung fehlt, hat sie deren besondere Bewilligung beantragt. Der Senat ist nach Anhörung des Finanzdepartements und nachdem er sich auf Grund des Berichtes des Wasserbaudirektors, Baurats Krebs, vom 16. Oktober ds. Js. davon überzeugt hat, da die Kosten für die Beseitigung der Sielablagerungen insbesondere nicht aus den Mitteln entnommen werden können, die für die Erhaltung

der Wassertiefe in der Trave der Baudeputation budgetmäßig zur Verfügung stehen, in Anbetracht der gesundheitsschädlichen Folgen des gegenwärtigen Zustandes des Travenwassers bereit, dem Antrage zu entsprechen, und beabsichtigt, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu stellen: daß der Baudeputation zur Beseitigung der Sielablagerungen in den Häfen der Stadt der Betrag von 14 000 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, aus den im Abschnitt XIX des Staatsbudgets für das Rechnungsjahr 1912 vorgesehenen Mitteln zur Verfügung gestellt werde. — Der Bürgerausschuß erklärte sich gestern gutachtlich für die Mitgenehmigung des Senatsantrages durch die Bürgerschaft.

Die Grabenverhältnisse in Travemünde. In der gestrigen Bürgerausschußsitzung wurde folgendes Senatsdekret verlesen: In seiner Versammlung vom 2. Oktober ds. Js. hat der Bürgerausschuß die Senatsvorlage, betreffend Erneuerung und Verbesserung der vorhandenen Dränageleitung in dem zur Abhaltung des Tagewassers von den Grundstücken der Torstraße zu Travemünde hergestellten Graben, abgelehnt und das Ersuchen an den Senat gerichtet, zu veranlassen, daß der von dem Gneversdorfer Weg unter dem Bahndamm und der Lübecker Chaussee hindurchführende Vorflutgraben reingehalten werde. Der Senat verkennt nach Anhörung der Baudeputation nicht, daß eine gründliche Reinhaltung des Vorflutgrabens möglicherweise schon die Besserung der Verhältnisse herbeiführen kann, der die Vorlage vom 20. Juli 1912 dienen sollte. Es sind daher die Wasserlösungskommission und die Wegeabteilung der Baudeputation veranlaßt, die erforderlichen Arbeiten auszuführen. Der Senat wird seinen Antrag vom 20. Juli 1912 einstweilen nicht weiter verfolgen und gibt dem Bürgerausschusse hiervon auf sein Ersuchen vom 2. Oktober 1912 Kenntnis.

Der Bürgerausschuß überwies gestern einen Senatsantrag, betr. Förderung des Baues einer Nebenbahn von Travemünde nach Niendorf einer fünfgliederigen Kommission, desgleichen den Senatsantrag auf Revision der Friedhofs- und Begräbnisordnung — lies: Verteuerung der Bestattungen. Die Verhandlung über den Senatsantrag auf Gewährung von Entschädigungen bei Änderungen der Höhenlagen von Straßen der inneren Stadt und Vorstädte wurde der vorgerückten Zeit wegen abgebrochen.

Wie der Staat für seine Arbeiter sorgt! Am 1. Oktober wurden die Werkstattarbeiter der Lübecker Straßenbahn mit folgendem Anschlag beglückt:

Bekanntmachung.

Wir bringen zur Kenntnis des Werkstattpersonals, daß am Sonnabend, dem 5. dss. Mts. eine Aenderung in der Arbeitszeit derart eintritt, daß die eigentliche Nachtschicht mit Ende dieses Monats eingestellt wird. Statt dessen wird ab genanntem Tage eine erste und eine zweite Arbeitsschicht gebildet. Die erste nimmt, wie bisher, ihre Arbeit des morgens 6 Uhr auf und ist dann Dienst bis abends 6 Uhr, so daß bei einer ½stündigen Frühstückspause und einer 1½stündigen Mittagspause 10 Stunden Arbeit zu leisten sind. Die zweite Schicht nimmt ihre Tätigkeit des Mittags um 1½ Uhr auf und endet die Arbeitszeit um 1½ Uhr nachts; bei einer einstündigen Abendbrotpause sind von dieser Schicht jeden Tag 10 Arbeitsstunden und eine Ueberstunde zu leisten. Ein regelmäßiger Wechsel in den Arbeitszeiten findet wie bisher statt, so daß die Mannschaft an beiden Arbeitsschichten gleichmäßig beteiligt ist.

Der Maschinenmeister ist mit der weiteren Diensteinteilung beauftragt.

Lübeck, dem 1. Oktober 1912.

Die Betriebsverwaltung.
Jähnke.

Daß man den Arbeitern eine solche Erneuerung zumutet, ohne mit einem einzigen Wort Rücksprache mit ihnen zu nehmen, entspricht ja dem „modernen" Herrenstandpunkt. Der Lohn pro Stunde beträgt 42 und 43 Pfg.; daß mit solchem Lohn heute nicht mehr auszukommen ist, sollte auch die Straßenbahn-Verwaltung einsehen. Deshalb waren auch die Arbeiter genötigt, Ueberstunden zu verrichten und Sonntagsarbeit zu leisten, wofür es 10 Pfg. pro Stunde Aufschlag gab. Das fällt bei der Neueinteilung fort, was für den einzelnen Mann pro Woche an Verdienstausfall 5 Mark beträgt. Daß diese Einbuße die Arbeiter nicht so stillschweigend hinnahmen, wird jedem vernünftigen Menschen einleuchten. So wurden die Arbeiter bei der Direktion vorstellig, um einen Ausgleich zu finden. Der Herr Direktor Jähnke vertröstete die Leute, erst 14 Tage nach den neuen Bedingungen zu arbeiten, dann würde sich darüber reden lassen. Nach 14 Tagen wurde den Arbeitern mitgeteilt, daß sie für die Nachtstunden von 6 Uhr abends bis 1½ Uhr morgens 2 Pfg. pro Stunde Zulage haben sollten. Das wären ganze 13 Pfg. für den Mann, da können sie auch die Nacht gut von leben. Die Arbeiter wandten sich nun mit einem Schreiben an den Herrn Senator Strack. Die Antwort darauf war so gut wie keine. Jedoch mußten einige Arbeiter zu dem Herrn Direktor kommen und dieser teilte ihnen mit, daß sie mit dem Schreiben an Herrn Senator einen Fehler begangen hätten, sie sollten sich schriftlich an den Arbeiterausschuß wenden und gleich bekannt geben, was sie verdienen wollen. Die Arbeiter kamen dem nach und reichten ihre bescheidenen Wünsche ein: Einen Einstellungslohn von 45 Pfg. und für die bereits im Betriebe Beschäftigten einen solchen von 50 Pfg. Außerdem wurde ein jährlicher Mietezuschuß von 40 Mk. und Lieferung von Arbeitskleidern gefordert. Wer die schmierige Arbeit kennt, welche die Handwerker dort zu verrichten haben, wird zugeben müssen, daß auch diese letzte Forderung wohl am Platze ist. Aber was hat nun die Direktion und der Arbeiterausschuß ausgeheckt? Sie haben in einer langen Sitzung beraten, wer der Verbrecher des Schreibens sein könnte. Weil das Schreiben aber von sämtlichen Arbeitern der Straßenbahn unterzeichnet war, so mußte der Ueberbringer der dazu von der Versammlung bestimmt war, der Uebeltäter sein. Er wurde sofort nach beendeter Sitzung aus dem Betriebe entfernt. Als der Arbeiter nach dem Grund seiner Entlassung fragte, wurde ihm zur Antwort: Er habe die Leute aufgehetzt. Hier ist wohl die Frage am Platze, wer wohl die eigentlichen Hetzer im Betriebe sind? Die Arbeiter werden sie beantworten können. Es ist leider zu bedauern, daß sich noch nicht alle Straßenbahnarbeiter der Organisation angeschlossen haben, dann könnte die Direktion nicht so vorgehen, wie sie es hier getan hat.

Vor dem Schwurgericht stand gestern Mittwoch der Heizer Mergin aus Terejoki in Finnland, des versuchten Totschlags beschuldigt. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Driver. Auf der Anklagebank sitzt ein junger Mensch von 22 Jahren, dessen Vernehmung mit Hilfe eines Dolmetschers erfolgte. Mergin ist auf dem Dampfer „Wiborg" seit 30 Tagen Heizer gewesen und kann zum zweitenmal nach Lübeck. Schon auf der ersten Reise kaufte er einen Revolver in Lübeck zu dem Zweck, ihn in Finnland wieder zu verkaufen. Er wollte damit ein Geschäft machen, weil in Finnland erstens der Verkauf der Waffen erschwert ist und diese zweitens dort sehr teuer sind. In der Nacht vom 19. auf den 20. August machte sich Mergin auf den Weg in die Stadt. Schon am Nachmittag probierte er den neuen Revolver, für den er auf der ersten Rückfahrt keinen Käufer gefunden hatte, mit einem scharfen Schuß. Als er den nächtlichen Bummel antrat, lagerten noch fünf Patronen in der Waffe. Zuerst hielt er Einkehr in der Wirtschaft Saust, dann in Stadt Wasa und im Variete International. Auf dieser Tour setzte Mergin etwa 8 Mark in Bier und Kümmel um. Diese Getränke umnebelten allmählich seinen Geist. In Stadt Wasa belästigte Mergin eine Frau, geriet hierauf mit einem Gast und dem Wirt, der ihn auf die Unart aufmerksam machte, in Streit, in dessen Folge er hinausgeworfen wurde. Einige Gäste, die aus dem Variete International kamen, wo sie auch den Angeklagten gesehen hatten, hoben ihn von der Straße auf. Mit dieser Hilfeleistung schien der fremde Heizer nicht recht einverstanden, denn als die Konditoren Abels, Herrlinger und Hammer des Weges weiterzogen, erinnerte sich Mergin seiner Waffe, die er nun zog und auf die Männer zweimal abfeuerte. Er nahm an, diese seien dieselben, die ihn aus der Wirtschaft hinausexpediert hatten. Bei dieser Schießerei lief Mergin den jungen Leuten nach, drehte die Waffe aber auf die Seite, als er den Schutzmann herankommen sah. Verletzt wurde niemand. Der Revolver hat einen schweren Abzug, und als der Angeklagte mit der linken Hand nachhelfen wollte, schoß er sich bei diesem Versuch in die linke Hand. Mergin behauptet, daß er die ersten Schüsse nur zur Abschreckung gegeben und die Hand bei der beabsichtigten Entladung verletzt habe. Auf dem Wege zur Wache gabs noch einige Schwierigkeiten. Mergin legte sich auf die Erde und mußte den letzten Wegrest getragen werden. Auf der Wache soll der Angeklagte geschlagen worden sein, was von dem vorgeladenen Schutzmann bestritten wird. Der erste Maschinist des Dampfers Wiborg stellt dem Angeklagten ein sehr günstiges Zeugnis aus. Er sei fleißig, zuverlässig, mit der übrigen Mannschaft verträglich. Ein Kollege schildert ihn ebenfalls als sehr friedlichen Menschen und bekundet, daß von Matrosen sehr oft Handel mit Schußwaffen getrieben werde, denn ein Revolver, der in Deutschland 3 Mk. koste, sei in Finnland nicht unter 10 finnischen Mark zu erstehen. Da lohne sich dies Geschäft. Die Schuldfragen lauten in dem einen Falle auf vorsätzliche Tötung der drei Konditoren Abel, Herrlinger und Hammer, im andern auf versuchte Tötung des Schutzmanns Herr. — Staatsanwalt Dr. Eschenburg ist überzeugt, daß der Angeklagte sowohl die Absicht gehabt habe, einen der drei Konditoren als auch den Schutzmann zu töten. Ja, selbst wenn er nicht nur die Absicht gehabt hätte, sondern aus seinem Vorgehen die Möglichkeit der Tötung hervorgehe, müsse er verurteilt werden. Der Dolus eventualis sei hier vollkommen am Platze. Mildernde Umstände seien M. allerdings zuzubilligen, um den Angeklagten trotz der schweren Tat vor dem Zuchthaus zu retten. Erschwerend kämen die Roheiten ausländischer Matrosen am Hafen in Betracht und die Gefährdung öffentlicher Straßen durch den Angeklagten. — Der Offizialverteidiger Rechtsanwalt Munck bittet die Geschworenen, die Haupt- wie auch die Hilfsfrage auf Bedrohung zu verneinen, dem Angeklagten die Trunkenheit, die große Jugend und bisherige Straflosigkeit zugute zu halten und ihn höchstens laut Nebenfrage wegen Übertretung schuldig zu sprechen.

Die Geschworenen bejahten nur die Nebenfrage: Schießen an öffentlichen Straßen und Plätzen, die von Menschen bewohnt sind. Eine Übertretung, deren Höchststrafe 6 Wochen Haft ist. Diese Strafe beantragte auch der Staatsanwalt. — Das Urteil dagegen lautet auf 4 Wochen Haft; sie ist durch die zweimonatige Untersuchungshaft verbüßt.

Das Schwurgericht verurteilte heute unter Vorsitz des Landgerichtsrats Schrader den landwirtschaftlichen Arbeiter Breuer zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. 2 Monate kommen durch die Untersuchungshaft in Abzug. B. hat im Juli zwischen Grebenhagen und Dakendorf an einer 26jährigen Dienstmagd ein Notzuchtsverbrechen versucht. B. ist oft vorbestraft, u. a. wegen eines ähnlichen Verbrechens i mJahre 1908 zu zwei Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Die Verhandlungen fanden unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Der Presse war der Zutritt gestattet.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Wie Innungsgrößen das Handwerk heben. Vor kurzem wurden hier Tischlerarbeiten für das Krankenhaus in Submission vergeben. Wir wollen aus dieser Submission nur die Angebote für Kleiderschränke herausgreifen. Sie schwanken zwischen 66 und 35,50 Mark pro Stück. Das niedrigste Angebot von 35,50 Mark machte die Firma Rosenquist & Sohn und erhielt auch den Zuschlag. Von fachmännischer Seite wird bestimmt versichert, daß für einen so niedrigen Preis die Arbeit nicht anzufertigen ist, sondern bares Geld zugesetzt werden muß. Nach wie vor aber wird der Obermeister der hiesigen Tischlerinnung, Herr Rosenquist, gegen das Submissionsunwesen und gegen die niedrigen Submissionsangebote der — anderen wettern; wenn man auch selbst mal bei einfachen Kleiderschränken hineinfällt.

Straßensperren. Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten ist die Strecke der Kahlhorststraße von der Körnerstraße bis zur Dorfstraße vom Donnerstag, dem 7. Novbr. ds. Js. ab voraussichtlich auf die Dauer von drei Wochen und wegen Einbaues von neuen Straßenbahngleiskreuzungen die Königstraße auf der Strecke von der Hundestraße bis zur Pfaffenstraße vom 7. d. Mts. ab auf einige Tage für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im verflossenen Monat 346 567,07 Mk. gegen 378 652,16 Mk. gegen den gleichen Monat des Vorjahres ein; mithin weniger 32 076,09 Mark. Diese Mindereinnahme ist hauptsächlich auf Ausfälle in der Erbschaftssteuer (20 476,40 Mk.) und der Wertzuwachssteuer (12 246,— Mk.) zurückzuführen. Vom 1. April bis Ende Oktober 1912 sind gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres 102 438,48 Mk. mehr eingegangen.

Genossenschaftsregister. Am 4. November 1912 ist eingetragen bei der Firma: Lübecker Eis-Genossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Lübeck: Die Genossenschaft ist durch Beschluß der Mitglieder vom 29. Oktober 1912 aufgelöst. J. H. E. Fust, Schlachtermeister, J. H. J. Oldenburg, Maurermeister, E. J. Schober, Schlachtermeister, A. D. Meincke, Schlachtermeister, sämtlich zu Lübeck, sind zu Liquidatoren bestellt. Je zwei Liquidatoren sind zur Vertretung der Genossenschaft befugt.

Handelsregister. Am 6. November 1912 ist eingetragen bei der Firma Hanseatische Automatengesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck: Die Vertretungsbefugnis des Liquidators Semmy Frankenthal ist beendigt. Die Firma ist erloschen.

pb. **Kohl-Diebstahl.** Einem Gärtner sind von seinem an der Schönböckener Straße belegenen Ackerland zirka 100 Köpfe Rot- und Weißkohl gestohlen worden. Eine Belohnung von 30 Mark sichert der Gärtner demjenigen zu, der Angaben zur Ermittelung des Diebes machen kann.

Neues Stadttheater. Zur heutigen „Lohengrin"-Aufführung, die als Neueinstudierung und mit Fräulein Elsbeth Stoll als Gast in Szene geht, wird uns aus der Kanzlei des Stadttheaters noch mitgeteilt, daß diesmal einige wertvolle Striche aufgemacht sind, unter denen sich auch das große und schwierige „Geheimnis-Ensemble" befindet, das im zweiten Aufzug strichlos gebracht ist. Mit der Öffnung dieses Striches ist ganz besonders den Wünschen vieler Wagner-Verehrer entsprochen. Im übrigen hat die Regie auch versucht, das szenische Bild durch einige von der üblichen Operninszenierung abweichende Änderungen neu zu beleben und künstlerisch wertvoller zu gestalten.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariates findet morgen — Freitag — von 5 bis 8 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Pinkert, „Transvaal", statt.

w. **Mölln.** Zur Stadtverordneten-Ersatzwahl. Am Dienstag, dem 12. November, findet hier für den ausscheidenden Stadtverordneten Botje eine Neuwahl statt, an der sich auch die Sozialdemokratie beteiligen wird. Bei den unglücklichen kommunalen Zuständen ist es notwendig, daß jeder Arbeiter und Parteigenosse sich energisch an der Agitation für die Wahl und an der Wahl selbst beteiligt, damit endlich einmal den Bürgerlichen gezeigt wird, daß es den Minderbemittelten ernst ist mit der Abänderung der heutigen Zustände. Das neuerbaute Krankenhaus kommt zum Schaden der Bewohner nicht in Betrieb, mit der Wasserleitung geht es nicht vorwärts, in der Kanalisationsfrage wird ein Projekt nach dem andern verworfen, und über die Teuerungsverhältnisse spricht im Rathaussaal kein Vertreter. — Handwerker, Arbeiter, soll dieser trostlose Zustand verewigt werden? Die Schmilauer Chaussee, der Wasserkrügerweg befinden sich in einem für eine Kommune wie Mölln beschämenden Zustande; nichts wird für die Besserung dieser Straßen getan, und doch sind deren Anwohner auch Menschen. In der am Sonnabend abend im „Lübecker Hof" stattfindenden öffentlichen Versammlung wird über die kommunalen Verhältnisse mehr gesprochen werden; erscheint deshalb in Massen in dieser Versammlung. Jeder Leser des „Volksboten", jeder Parteigenosse sei für starken Versammlungsbesuch tätig.

Hamburg. Ein Greis von einer Kraftdroschke angefahren und tödlich verletzt. Am Dienstag nachmittag ereignete sich in der Kaiser Wilhelmstraße ein schwerer Unfall. Dort wurde der 75 Jahre alte Bote Theodor Cohen aus der Elbstraße, als er den Fahrdamm überschritt, von einer Kraftdroschke angefahren. Der alte Mann wurde auf das Straßenpflaster geschleudert und blieb bewußtlos am Boden liegen. Ein hinzugerufener Arzt stellte eine schwere Gehirnerschütterung, sowie einen Schädelbruch als Folge des Sturzes fest und ordnete den sofortigen Transport ins Hafenkrankenhaus an. Auf dem Wege ins Krankenhaus starb der alte Mann. Ob dem Führer der Kraftdroschke ein Verschulden an dem Unfall beizumessen ist, soll die von der Polizei eingeleitete Untersuchung ergeben. — Tödlicher Unfall beim Abbruch eines Häuserblocks. Beim Niederlegen der Eckhäuser Hütten- und Marienstraße stürzte der in Altona wohnende Arbeiter Kubisch in die Tiefe. K. erlitt so schwere Verletzungen, daß er bereits auf dem Transport ins Hafenkrankenhaus starb.

Hamburg. Bei den Wahlen zur Angestelltenversicherung hatte hier die Freie Vereinigung einen glänzenden Erfolg, während die im Hauptausschuß vereinigten Harmonieverbände kläglich abschnitten. Die Verbände der Freien Vereinigung mustern in Hamburg rund 4000 Mitglieder, die Hauptausschußverbände, die ihren Stammsitz hier haben, 30—35 000. Trotzdem fallen der Freien Vereinigung von den 30 zu vergebenden Sitzen 10 zu und zwar 3 Vertrauens-, 4 erste und 3 zweite Ersatzmänner. Die im Hauptausschuß vereinigten Verbände erhielten 8 Vertrauens- und 13 Ersatzmänner. Die freien Arbeitgeber errangen mit ihren 88 Stimmen einen Ersatzmann. Die gegnerischen Verbände brachten trotz ihrer fast zehnfachen Übermacht in der Mitgliederzahl nur 7266 Wähler an die Urne, die Freie Vereinigung dagegen 3801.

Bramfeld. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich auf der Chaussee im Ortsteil Hellbrook. Der bei der Firma Albert Vagt in Wandsbek beschäftigte Kutscher Johann Gerken war mit einem schweren Sandwagen unterwegs. Von Müdigkeit überwältigt, stürzte er vom Bock und die Räder des Wagens gingen ihm über den Hals. Die schweren Verletzungen führten den sofortigen Tod des Mannes herbei.

Neumünster. In einen Kessel mit kochendheißem Wasser fiel der dreijährige Sohn der Eheleute Gehrke. Nach entsetzlichen Qualen ist der Knabe an den Folgen der schweren Verletzungen gestorben.

Nordenham. Beendigung des Bauarbeiterkampfes. Der nun schon 42 Wochen dauernde Kampf der Bauarbeiter in Nordenham hat sein Ende erreicht. Die unter dem Vorsitz des dortigen Bürgermeisters stattgefundenen Verhandlungen führten zu Ergebnissen, die von der Versammlung der Ausgesperrten angenommen wurden. Unter folgenden Bedingungen wird die Arbeit wieder aufgenommen:

1. Die Aussperrung sowohl wie die Sperrnotizen im Fachorgan werden zurückgezogen;
2. der Arbeitsnachweis der Unternehmer wird nicht anerkannt;
3. bei Einstellung von Arbeitskräften haben die Ausgesperrten den Vorzug; Auswärtige dürfen nicht eher beschäftigt werden, bis in Nordenham keine Arbeiter mehr zu bekommen sind;
4. der Vertrag besteht wie vor der Aussperrung.

In diesem Kampfe haben die Bauarbeiter einen großen moralischen Sieg erfochten; so geschlossen, wie der Kampf aufgenommen wurde, so einig stehen sie heute noch. Nichts haben die Unternehmer erreicht. Im Bunde mit dem Industriekapital glaubten sie, die Arbeiter zur Anerkennung des Arbeitsnachweises zwingen zu können. Sie werden einsehen gelernt haben, daß die Bauarbeiter es sich nie nehmen lassen, mitzubestimmen, unter welchen Bedingungen die Ware Arbeitskraft verhandelt wird. Die Streikbrecher aus Berlin und Italien verlassen schon jetzt das Schlachtfeld, um vielleicht an anderen Orten ihr wenig beneidenswertes Gewerbe wieder aufzunehmen. Den Bauarbeitern aus den Unterweserorten wird zur Pflicht gemacht, bevor sie in Nordenham Arbeit annehmen, sich im Bureau zu melden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit K. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Nach langem, geduldigem Leiden erlöste heute der Tod unsere liebe, kleine **Guschi**

im Alter von 5½ Jahren, tief betrauert und schmerzlich vermißt von ihren Eltern, Großeltern und allen Verwandten.

Carl Kühl und Frau
Henny, geb. Junge.

Lübeck, den 5. November 1912.
Blücherstraße 36. (4765

Die Beerdigung findet statt am Sonnabend, dem 9. November, von der Leichenhalle Vorwerk aus. Aufnahme 2 Uhr, Trauerfeier 1¾ Uhr.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Dienstag verstarb unser Mitglied, der Zimmerer

Heinrich Dencker.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am Freitag mittag 2 Uhr. Die Genossen sammeln sich bis 1½ Uhr im „Weißen Hirsch", Krempelsdorfer Allee. (4776

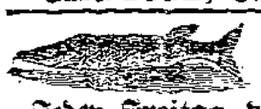
Der Vorstand.

2000 Mk. sichere Hypothek

zum 1. Januar gesucht. Angeb. u. **H P** an die Exped. d. Bl. (4775

Futterkartoffeln

zu verkaufen. (4766
Gust. Prüß, Tremskamp 20.



Achtung!

Jeden Freitag von 8—1 Uhr verkaufe auf dem Brolingplatz (Holstentor): frische Seefische aller Art, feinste Fischkarbonade, Pfund 40 Pfg. Emilie Boy, Königstr. 61, Markthallenstd. 46.
Fernsprecher 1811. (4772

Pa. Husumer Queenfleisch
„ fettes Kalbfleisch
„ Kasseler Rippespeer
„ geräucherten Aalen
„ kleine Rauchfäde

alles in nur erstklassiger Qualität zu den billigsten Tagespreisen.

H. Kronsbein
Braunschweig. Wurstfabrik
Travelmannstraße 26/28.
Hansastraße 95. (4769

Bienenfleiss.

3955

Johannes Holst
Kohlmarkt 6, Markt 6.
Bettfedern und Daunen
Pfd. 48, 95, 1.25, 1.60, 1.85, 2.20, 2.85, 3.50, 4.00, 5.25.
Federdichte Inletts
Meter 70, 1.25, 1.38, 1.68, 1.95
4067) 2.10, 2.45, 3.00.

4474

Kaiser's Kakao

das Pfund von 1.00 Mk. an

empfehlen wir bei den hohen Kaffeepreisen als billig, nahrhaft, bekömmlich wohlschmeckend.

Kaiser's Kaffee-Geschäft
G. m. b. H. / Europas größter Kaffee-Rösterei-Betrieb / Über 1000 Filialen

4748

Unsere Gesellschaftsspiele

haben sich bei groß und klein in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. An den langen Winterabenden der beste Zeitvertrieb für unsere Jugend, da die Spiele sehr unterhaltend sind und sie in keiner Familie fehlen sollten.

Preis 60 Pfg., Mk. 1.— und Mk. 1.80.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Gesangverein „Eintracht".

Lieder-Abend

am Freitag, dem 15. November
im „Gewerkschaftshaus"

unter gütiger Mitwirkung des Herrn **Holmquist** (Lyrischer Bariton) und Frl. **Wolter,** beide vom hiesigen Stadttheater.

(Dirigent: Herr **Robert Sulanke.**)

Programm:

1. Männerchöre:
   a. Tord Folcson . . . . . von Uthmann
   b. Heimkehr . . . . . von Gelbke
2. Lieder für Bariton:
   a. Siegmunds Liebesgesang a. d. Op. Walküre von R. Wagner
   b. Liebesfeier . . . . . von Weingartner
3. Männerchöre:
   a. Wie hab ich sie geliebt . . . . . von Möhring
   b. Der Reiter und sein Lieb . . . . . von Schultz
4. Solo für Alt:
   Arie aus „Samson und Dalila" . . . . . von Saint Seins
5. Männerchöre:
   a. Der Lindenbaum . . . . . von Silcher
   b. Die Post im Walde. Für Männergesang und Tromba-Solo in der Entfernung . von Schäffer
6. Lieder für Bariton:
   a. In der Fremde . . . . . von Schumann
   b. En Spelemann . . . . . von Körling
7. Männerchöre:
   Ich warte Dein . . . . . von Uthmann
8. Lieder für Alt:
   a. Allmacht . . . . . von Schubert
   b. Gesang Weylas . . . . . von H. Wolf
9. Männerchöre:
   a. Das treue deutsche Herz . . . . . von Otto
   b. Wie ich so lieb dich hab' . . . . . von Geis
10. Lieder für Bariton:
   a. Der Asra . . . . . von Rubenstein
   b. Die beiden Grenadiere . . . . . von Schumann

Schlußgesang:
Dran-Walzer . . . . . von Koschat

Anfang 8½ Uhr. Eintritt a Person 25 Pfg.

Karten sind zu haben bei **Friedrich Lender,** Hüxstraße, **Carl Wittfoot,** Hüxstraße und im **„Gewerkschaftshaus".**

NB. Umständehalber findet der Lieder-Abend nicht am Donnerstag, d. 14., sondern am **Freitag, d. 15. November** statt.

4777 **Der Vorstand.**

Donnerstag Eröffnung eines enorm billigen Verkaufs für Herren-Garderoben u. Schuhwaren

Johannisstraße 1
(frühere Commerz-Bank).

4779 **August Lütjohann.**

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 Otto Albers Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige
3) Preise. U. a.:

Lederhosen . . .	**2.20**—6.45
Maurerhosen . .	**2.60**—6.75
Schlosserhosen .	**1.88**—5.25
Überziehhosen . .	**1.08**—2.35
Zwirn-Hosen . .	**1.68**—3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Enorm billiger Verkauf

Johannisstr. 1.

Damen-Schnür- u. Knopfstiefel
in kleinen Nummern, alles Leder, schon von **1.85** Mk. an

Großer Posten
Herren-Schnürstiefel
Rindbox, moderne Form, jedes Paar **5.85** Mk.

Herren-Anzüge
moderne Farben und Fassons, von **13.75** Mk. an

Winter-Paletots, Ulster, Lodenjoppen
spottbillig. (4778

August Lütjohann.

Arbeiter-Abstinentenbund

Versammlung
Freitag, den 8. Novbr. 1912
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Zandt-Hamburg.
2. Besprechung der Agitation in unserem Bezirk.
3. Verschiedenes.

4771) **Der Vorstand.**

Zigarren
100 Stück 4.20 4.50 4.70 Mk.
Carl Wittfoot,
4741 **18 Hüxstraße 18.**

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend.
e. G. m. b. H.

Versammlung

für die Mitglieder in
SEERETZ
am Sonnabend, 9. Novbr. 1912
abends 8 Uhr
bei Herrn **J. Cordts, Seeretz,** Kreuzweg.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Wahl von 3 Genossenschaftsratsmitgliedern.
3. Verschiedenes.

Um allseitiges Erscheinen der Mitglieder und deren Frauen bittet
4767) **Der Vorstand.**

Kohlenplatzarbeiter und Kohlenkutscher!

Versammlung

Freitag, 8. November
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:
1. Die auf verschiedenen Kohlenplätzen vorhandenen Mißstände.
2. Verschiedenes.

4773) **Der Vorstand.**

NB. Das Erscheinen der Kollegen ist notwendig, um eine Regelung des ersten Punktes der Tagesordnung veranlassen zu können. D.O.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Kehrwieder

Selmsdorf.

Einladung zum
Herbstvergnügen
am Sonntag, 10. Nov.
im Lokale des Herrn **W. Wodrich.**
Anfang 5 Uhr. Ende 12 Uhr.
Eintritt eine Mk., eine Dame frei.
Einzelne Damen 25 Pfg.
4768 **Das Komitee.**

Hansa-Theater
Ab **Freitag,** d. 1. Novbr.
8½ Uhr. 8½ Uhr.
Gastspiel
Lotte Sarrow
Die Ehebrecherin
sowie 10 neue Spezialitäten.
Vorzugskarten nur wochentags gültig.
Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Große Volks- und Fremden-Vorstellung
zu kleinen Preisen.
(4774
Ab 11 Uhr: Kabarett
bei freiem Eintritt.
Auftreten erster Kräfte.

Neues Stadttheater.

Freitag, den 8. November:
46. Vorst. i. Voll-Ab. 8. V. i. Freit.-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.
Große Preise.

Sonnabend, den 9. November:
47. Vorst. i. Voll-A. Außer Sonnab.-A.
Anfang 7½ U. Ende nach 10½ U.
Maria Stuart.
Trauerspiel von Fr. v. Schiller.
Kleine Preise. (4770

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 262. Donnerstag, den 7. November 1912. 19. Jahrg.

Agrarischer Rummel gegen die Fleischnot.

Durch die Blätter des Bundes der Landwirte — wir meinen hier im besonderen die Verbandszeitungen der agrarischen Wucherorganisation, nicht ihre politischen Mitschreier — geht jetzt eine Aufforderung an die Leser und Mithändler, alle Fälle zu melden, „in denen die Händler zögern, Vieh zu kaufen oder abzunehmen und wo sie Preise bieten, die mit den zurzeit erzielten Fleischpreisen in keinem Verhältnisse stehen".

Das ist wieder einmal klassisch-agrarisch. So arbeiten die deutschen Patentschreier. Welchen Erfolg diese neueste Rummelmethode gegen die bittere Fleischnot haben wird, zeigt ein Eingesandt, das wir aus dem „Bund der Landwirte für Ostpreußen", amtlichem Blatt der Provinzialabteilung, entnehmen. Es ist die allerneueste Nummer, die soeben erst an die Mitglieder des Bundes im Ausbreitungsbezirk zur Versendung gekommen ist. Es wird da von einem Landwirt eines der gewünschten Beispiele veröffentlicht. Es heißt dabei unter anderem:

„Ich hatte einige alte (!) Schafe und drei (!) Kälber übrig, die ich meinem Fleischer, übrigens einem sehr reellen Mann, anbot. Erstens ließ mich der Meister schon acht Tage warten, da er jetzt zu viel Angebot hat, (? D. R.) wie er sagte. (?? D. R.) Als er nun endlich ankam, meinte er, das Fleisch soll jetzt billig werden, ich kann keine hohen Preise anlegen. Meister, sagte ich darauf, in den Städten ist Fleischnot und Sie wollen mir nicht einmal die Kälber mit 35 Pfg. pro Pfund (Lebendgewicht. D. R.) bezahlen! Ich möchte es ja gerne, wenn ich mein Geld nur wiedersehen möchte, und wer kauft heute Kalbfleisch?

Die Regierung hätte es nicht nötig gehabt, dem Geschrei gleich nachzugeben. Wir verlieren durch die verregnete Ernte Tausende, trotzdem schreien wir nicht und uns hilft die Regierung nicht."

So sehen die Bundesagrarier in Reinkultur aus! Weil der kleine Junker nicht einige alte Schafe und drei Kälber los wird, — er hat sie gerade übrig — und weil er das minderwertige Vieh nicht zu dem gleich hohen Preise wie gesundes junges Vieh losschlagen kann, hält er den Beweis dafür erbracht, daß es keine Fleischnot gibt. Ja, wollen denn die Junker, daß es noch schlimmer wird? Werden nicht schon genug minderwertige Tierkadaver durch Hungernde verschlungen, werden noch nicht genug Pferde und Hunde geschlachtet? Soll es noch so weit kommen, daß die Junker jedes alte Schaf meistbietend versteigern können?

So sieht die gewissenlose Methode der Landwirtsbündler aus, mit solchen Mitteln kämpfen sie gegen die Fleischnot, versuchen sie die Regierung davon zu überzeugen, daß sie nichts zu tun habe. Höchstens, wenn sie etwas tun wolle, dann müsse zuerst wieder einmal den Junkern geholfen werden.

Neugierig sind wir darauf, welche Mitteilungen demnächst in der Bundespresse als „Material" dafür erscheinen, daß es keine Fleischnot gibt. Die Oertelleute beschweren sich zuletzt noch, wenn ihre alten Katzen nicht als junge Rinder gekauft werden.

Der Schutz der Arbeitswilligen.

Der Verband sächsischer Industrieller gehört zu den lautesten Rufern im Chorus der Schreier nach einem neuen Zuchthausgesetz. Um seinen Bestrebungen mehr Nachdruck zu verleihen, hat sich dieser Verband, dessen geistiger Leiter Herr Dr. Stresemann ist, von dem nationalliberalen sächsischen Oberverwaltungsgerichtsrat Blüher in Dresden, ein — Rechtsgutachten ausarbeiten lassen. Diese Stilübung bekundet:

„1. Bei Ausständen werden nicht allein die Bahnhöfe und die Zugänge zu den Fabriken mit Streikposten besetzt, sondern auch die Arbeitswilligen belästigt, von einer johlenden Schar begleitet, angehalten, mitunter vor das Streikbureau geführt, mit und ohne Gewalt, vor allem aber regelmäßig beschimpft, mit Mißhandlung, ja Totschlag bedroht, auch tatsächlich mißhandelt — zum Teil aus dem Hinterhalt — und, wenn auch selten, am Leben gefährdet. Lebensgefährlich ist ferner die Herbeiholung fremder Arbeiter (z. B. infolge gewaltsamen Anhaltens von Automobilen oder infolge von Steinhagel); heimlich und auf Umwegen muß dies vielfach versucht werden, und es mißlingt trotzdem oft. Auch Betriebsbeamte werden lebensgefährlich bedroht. Die Arbeitswilligen werden beim Verlassen der Fabrik umzingelt, auf der Straße und bis in die Wohnungen verfolgt und dort bedrängt. Auf die Inhaber der benachbarten Wirtschaften und Läden wird eingewirkt, bis sie den Arbeitswilligen den Verkauf von Waren verweigern. Die Verwandten der Arbeitswilligen, die offene Geschäfte besitzen, werden mit Boykott bedroht; auch Hypothekenkündigung findet statt. Die Arbeitswilligen werden gesellschaftlich geächtet und Listen von ihnen veröffentlicht, auch in Wirtschaften ausgehängt; ebenso Listen der Händler, die an sie Waren abgeben. Schrebergärten von Arbeitswilligen werden verwüstet. Die sozialdemokratische Parteipresse unterstützt die Ausständigen. In einzelnen Fällen kommt es zu Straßenitumulten und zum förmlichen Landfriedensbruch. In anderen Fällen werden Maschinen usw. zerstört (z. B. eine Gußform, die 14 Tage Arbeit gekostet hatte, verwüstet; ein Kran unbrauchbar gemacht und das Leben der Weiterarbeitenden dadurch gefährdet), Täter nicht ermittelt.

2. Leuten, die während eines Ausstandes weitergearbeitet haben, werden nach Wiederaufnahme der Arbeit die Werkzeuge weggenommen, die Maschinen verstellt, Drohzettel auf die Maschinen gelegt — unbekannt, von wem; ferner werden sie unter Bruch des gegebenen Versprechens nachträglich von den ausständig gewesenen Gewerkschaftlern gemaßregelt.

3. Außerhalb der Ausstände findet arge Belästigung der nichtorganisierten Arbeiter durch Gewerkschaftler statt. Wer keine „reine Wäsche" hat, wird in der Arbeit schikaniert, gehänselt, beschimpft, geprügelt, findet Leimwasser in seinem Wassertopfe, wird mit Hinauswerfen bedroht, in seiner Wohnung belästigt; hilft das nicht, so wird dem Arbeitgeber mit Streik gedroht, falls er den nichtorganisierten Mann weiter beschäftigt; es wird auch tatsächlich die Sperre über seinen Betrieb verhängt.

4. Trotz Tarifvertrages wird die Arbeit niedergelegt.

5. Wegen Entlassung von Arbeitern, die infolge der Maifeier fehlten, wird der Betrieb gesperrt.

6. Die Erzeugnisse der bestreikten Firma werden boykottiert.

7. In die gelben Werkvereine werden Spione geschickt.

8. Einem Holzarbeiter, der sich anfänglich am Ausstande beteiligt, dann aber beim Verbande abgemeldet hatte, wurde vom Streikleiter mitgeteilt, daß er zunächst die Streikunterstützung zurückzahlen müsse: er hatte ahnungslos über ein Darlehen der Darlehensbank Fritz König in Berlin quittiert, das bei Ungehorsam rückzahlbar sein sollte.

9. Von den mitgeteilten Straftaten ist nur ein Teil zur gerichtlichen Aburteilung gelangt. Dann sind auch empfindliche Strafen verhängt worden. Aber vielfach wird berichtet, daß die Betroffenen den Täter nicht kannten, noch öfter, daß sie aus Furcht eine Anzeige ablehnten, endlich, daß mangels Beweises Freispruch eintrat; Zeugen sind schwer zu ermitteln und scheuen sich meist noch mehr als die Betroffenen, gegen die sozialdemokratische Organisation etwas zu bekunden."

Nähere Angaben über das Material, aus dem er zu seinem vermeintlichen Rechtsgutachten geschöpft hat, macht der Oberverwaltungsgerichtsrat Blüher nicht, und deshalb muß man seine Behauptungen, wenigstens vorläufig, als beweislos betrachten. So aber scheint das Material der Schreier nach einem Zuchthausgesetz allgemein beschaffen zu sein, und daher erscheint es begreiflich, daß man sich beharrlich weigert, das angesammelte Material der öffentlichen Kritik zu unterbreiten.

Aus der Partei.

Die erste Frauenkonferenz für den Agitationsbezirk Görlitz wurde am vergangenen Sonntage in Görlitz abgehalten. 30 Orte waren durch 58 Delegierte — 46 Genossinnen und 12 Genossen — vertreten. Genossin Luise Zietz vom Parteivorstand hielt ein sehr instruktives Referat über das Thema: Wie gewinnen und wie schulen wir die Frauen für die politische Betätigung? Außerdem behandelte Genossin Zietz eingehend die wichtige Frage des Kinderschutzes. Folgende Anträge wurden angenommen: 1. Die weiblichen Vorstandsmitglieder der Ortsvereine und der Kreisleitung bilden gemeinsam mit den Gesamtvorständen eine Agitationskommission, welche nach Bedarf, mindestens jedoch einmal im Jahre, zusammenkommt. Die Anstellung einer Sekretärin für die vier schlesischen Agitationsbezirke hält die Konferenz für dringend notwendig und beauftragt die Bezirksleitung, in diesem Sinne zu wirken. Einen imposanten Abschluß fand die Frauentagung in einer am Sonntagabend abgehaltenen Volksversammlung, in der Genossin Zietz über „Die Hausfrauen und Mütter gegen Lebensmittelteuerung und Kriegsgefahr" referierte. Der offensichtliche Erfolg der Versammlung bestand darin, daß 60 neue Mitglieder, darunter allein 48 Frauen für die Partei gewonnen wurden.

Konferenz der Thüringer Landtagsabgeordneten. Im Volkshause zu Weimar tagte am Sonntag die fünfte Konferenz der Landtagsabgeordneten Thüringens. Von den 46 Abgeordneten waren 33 erschienen. Den Parteivorstand vertrat der Genosse Braun. Es waren vertreten: Altenburg durch 5, Gotha durch 8, Meiningen durch 2, Rudolstadt durch 7, Schwarzburg-Sondershausen durch einen, Reuß jüngere Linie durch 2, Reuß ältere durch 3 und Weimar durch 4 Abgeordnete. Nach einer kurzen Begrüßung durch Genossen Baudert-Weimar gab Genosse Leber-Jena den Situationsbericht über die Tätigkeit der Fraktionen in den Einzellandtagen. Mit großer Freude konnte über ein ständiges Steigen der Zahl unserer Landtagsmandate berichtet werden. Seit 1909 stieg diese Zahl wie folgt: von 31 auf 38 im Jahre 1910, auf 40 im Jahre 1911 und in diesem

---

Der Hochwald.

Erzählung von Adalbert Stifter.

(5. Fortsetzung.)

Das Laubholz wurde seltener und die ernste Tanne und Fichte zog ständeweis gegen die Bergbreiten — der rote Sterbeglanz des Tages auf dem jenseitigen Joche ging langsam gegen die Bergscheide empor, und aus dem Tale hoben sich die blauen Abendschatten — der Halbmond wurde jede Minute sichtlich glänzender an seinem bereits stahlblauen Osthimmel. Der Freiherr drängte sich durch Farnkraut und durch Schlinggewächse, um an der Seite der Sänfte zu bleiben.

Felix war mit dem Ritter in tiefem Gespräche begriffen und ziemlich weit hinten geblieben. Der Bach war stellenweise gar nicht mehr sichtbar und hörbar, weil er unter übergewälzten Felsstücken hinfloß.

So mochte die Wanderung noch eine halbe Stunde gedauert haben und eine dichtere Finsternis blickte schon aus den Tiefen der Fichtenzweige, die sich so nahe drängten, daß sie häufig die Sänfte streiften — da blitzte es mit einem Male durch die Bäume, wie glänzendes Silber an. Sie stiegen einen ganz kleinen Hang nieder und standen an der weit gedehnten Fläche eines flimmernden Wassers, in dessen Schoße bereits das zarte Nachbild des Mondes wie ein blödes Wölklein schwamm. Ein leises Ach! des Erstaunens entfuhr den Mädchen, als sie den schönen See erblickten, da sie derlei in dieser Höhe, die sie erstiegen zu haben meinten, gar nicht vermuteten — ein flüchtig Schauern rieselte durch Johannas Glieder, da dies ohne Zweifel jener Zaubersee sei, von dem sie gehört hatte. — Die hohen Tannen, die dem Ufer entlang schritten, schienen ihr ordentlich immer größer zu werden, da sie gemach und feierlich den einfärbigen Talar der Abenddämmerung angetan und von ihren Häuptern fallen ließen, wodurch sie massenhafter und somit größer wurden. — Die jenseitige Felsenwand zeichnete sich schwach silbergrau, wie ein zartes Phantasiebild, in die Luft, zweifelhaft, ob sie nicht selbst aus Luft gewoben sei; denn sie schien zu schwanken und sich nach dem Takte zu neigen, aber es waren nur die Wasser, die sich abendlich bewegten.

Der Vater hieß die Mädchen aussteigen und mit Freuden verließen sie das enge tragbare Gefängnis. Ein Floß lag am Gestade und trug ein erhobenes Gerüste mit Sitzen für die Gesellschaft. Man bestieg ihn, und die zwei Sänftenträger und noch zwei andere Männer, die man bei dem Floße stehend vorgefunden, lenkten das Fahrzeug in den See hinaus, gerade auf die Felsenwand zu. Die Waldmassen traten zurück und verschränkten sich dem Auge nach und nach zu einer hohen dichten schwarzgrünen Mauer, die das Wasser umfängt — die Felsenwand trat näher und stieg so mauerrecht aus dem See empor, daß man nicht absah, wie zu landen sein werde, da wohl kein handgroß Steinchen dort liegen möge, um darauf stehen zu können: allein zur größten Ueberraschung in diesem Lande der Wunder tat sich den Mädchen auch hier wieder eins auf. Wie man der Wand sich näherte, wich sie zurück und legte ein liebliches Rasenland zwischen sich und den See und auf dem schönen Grün desselben sahen die Mädchen nun auch ein geräumiges hölzernes Haus stehen, nach Art der Gebirgshäuser gebaut — und alle seine Fenster schimmerten sie gastlich silbern an, schwach erglänzend von dem Scheine der weißen aufblühenden Rosenknospe des Mondes.

Das Reiseziel war erreicht. Weibliche Diener der Mädchen stürzten gegen das Ufer, Hand und Kleider ihrer holden Gebieterinnen küssend, und voll Freude, daß sie endlich gekommen. Das sämtliche Dienstgesinde, das aus zwei Mägden und drei Knechten bestand, wurde einige Tage vorher mit der größten Mühseligkeit über die Felsenrücken herübergebracht, da man den weiteren, aber leichteren Weg durch den Urwald noch nicht wußte, den Gregor erst für den Freiherrn ausgekundschaftet hatte. Mit freundlichen Worten dankten die Mädchen den Sänftenträgern und Ruderern, und dann, der Freiherr Johanna, der Ritter Clarissa am Arme nehmend, führten sie dieselben die Treppe hinan in eine Art Tafelzimmer, wo für alle, die Diener und Träger mit eingeschlossen, ein Abendmahl bereitet stand. Nach Beendigung desselben und tausend Gutenachtwünschen führte der Freiherr mit schmerzlich freudigen Gefühlen seine Töchter in die zwei für sie bestimmten Gemächer. Ein Ruf der Ueberraschung und ein doppeltes Umschlingen der schönen Arme lohnte ihn; denn bis zum Erschrecken ähnlich waren die Zimmer denen, die sie zu Wittinghausen bewohnt hatten. Der Vater küßte beide auf die Stirne, wünschte ihnen eine friedensreiche gute erste Nacht und ging zur Tür hinaus — die Mägde wurden sogleich entlassen — und nun, als die Tür verriegelt war, gleichsam als hätte ein Hemmnis bisher die Flut gewaltsam zurückgehalten, brach sie vor: die Mädchen stürzten sich in die Arme, Herz an Herz verbergend, ja fast vergrabend ineinander, und sich die zarten Siegel der Lippen anpressend, so heiß, so inbrünstig, so schmerzlich süß, wie zwei unglückselig Liebende und fast ebenso trennungslos. — — Also ist es wahr, die Heimat, das gute Vaterhaus ist preisgegeben und verloren, all ihr früher Leben ist abgeschnitten, sie selbst wie Mitspieler in ein buntes Märchen gezogen, alles neu, alles fremd, alles seltsam und dräuend — in dem drohenden Wirrsal kein Halt, als gegenseitig die warmen Lippen, das treue Auge und das klopfende Herz.

Aber als bei den Mädchen Tränen und Kosen in Ruhe übergegangen, traten sie auf den hölzernen Söller, der vor ihren Fenstern lief, heraus und blickten noch, ehe sie schlafen gingen, in die kühle beruhigende Nacht. Der See lag zu ihren Füßen, Stücke schwarzer Schatten und glänzenden Himmels unbeweglich haltend, wie erstarrte Schlacken — der Wald dehnte seine Glieder weithin im Nachtschlummer, die feuchten Mondesstrahlen spannen von Berg zu Berg und in dem Tale, woher die Wanderer gekommen sein mochten, blickte ruhender Nebel auf.

Gute Nacht, ihr lieben schönen fürchtenden Herzen, gute Nacht!

Waldhaus.

Des andern Tages morgens nahm der Vater, der Bruder und der Ritter Abschied. Der Freiherr erklärte, daß er es für seine Pflicht halte, zu seinem Schlosse zurückzukehren, um es, falls es nur eine streifende Rotte berührte, gegen selbe zu halten, oder wenn ein Hauptschlachthaufe einträfe, es ehrenvoll und vielleicht vorteilhaft zu übergeben und dadurch, daß er sich der kriegerischen Ehre der Schweden als Gefangenen überliefere, die Forschung nach anderen Bewohnern des Schlosses zu vereiteln, da es niemand einfallen werde, weiter nach Mädchen zu fragen, wenn der Gebieter der Burg in ihren Händen sei. Felix, trotz der Bitten der Schwestern und des Vaters, konnte nicht bewogen werden, sich von letzterem zu trennen. Was die beweglichen Güter, Geld und Geldeswert, anlangte, eröffnete ihnen der Freiherr, daß er dasselbe dem Schoße der Erde anvertraut habe und daß, wenn man von dem Muttergottesbilde an der großen Buche im Wittinghauser Forste abwärts stiege und den Stein der neunten Stufe aufhöbe, dort in einer blechernen Kapsel sich Auskunft darüber vorfände. — Mitwisser seien übrigens nur noch Felix und der Ritter.

Und somit, schloß er, mögen sie ihn durch unmäßige Trauer nicht betrüben: ihr größter Schutz sei ihre Einsamkeit. Er lasse ihnen drei Knechte zurück, welchen sie jede Art Aufträge hinsichtlich des Herbeischaffens von Lebensmitteln erteilen könnten, Gregors zweiter Enkel werde von Zeit zu Zeit Botschaften zwischen hier und Wittinghausen tragen und nebst anderen unter der Leitung Gregors stehen, daß, sobald sich etwas Verdächtiges an der Waldgrenze ereigne, es demselben sogleich angezeigt werde; denn er besitze Mittel in seiner Kenntnis der Wälder, sie immerhin zeitweise an Orte zu führen, wo sie vor einer vorübergehenden Gefahr sicher wären. Zu ihrer noch größeren Beruhigung lege er

Jahre auf 46. Redner verweist darauf, daß auch in Gotha nur wenig Urwahlstimmen gefehlt hätten, um das zehnte Mandat und damit die Landtagsmajorität zu erobern. Er bespricht dann eingehend die politische Situation in Rudolstadt, sodann den mangelhaften Anschluß der Einzelstaaten an gemeinsame Einrichtungen, wie Oberverwaltungsgerichte, Versicherungsämter usw., und beklagt die vorhandene Zerrissenheit. Der vernünftige Gebietsaustausch zwischen den Einzelstaaten müsse von uns mehr angeregt und eifrig betrieben werden. Auch für eine stärkere Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen, wie dem Kali- oder sonstigen Bergbau spricht sich Redner aus. Diesem Bericht folgte eine kurze Debatte, in der die Schwierigkeiten, die oft der Schaffung gemeinsamer Institutionen entgegenstehen, geschildert wurden und in der ein systematischer Ausbau der Sammelstelle für parlamentarisches Material gewünscht wird. — Genosse Baudert-Weimar referierte über die einheitliche Verwaltung der Thüringer Kleinstaaten. Redner gibt einen interessanten historischen Überblick über die Geschichte Thüringens und zeigt an einzelnen Beispielen die Rückständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung der einzelnen Staaten. Er bespricht kurz die materiellen Hilfsquellen und verweist auf die Verwendung der Steuern. Als ein krasses Beispiel für das kunterbunte Durcheinander bezeichnet er die Forstgesetze. Nachdem in der Debatte die Genossen Bock-Gotha und Hofmann-Saalfeld bestimmte Vorschläge gemacht, um dem Gedanken des Zusammenschlusses der Thüringer Staaten zu einem einzigen Groß-Thüringen mehr Nachdruck zu geben, wurde ein Antrag angenommen, der die Wahl eines Ausschusses vorsieht, welcher alle einschlägigen Fragen nochmals zu prüfen und Vorarbeiten zu einer Konferenz zu machen hat, die sich ausschließlich mit diesem Thema befassen soll. — Genosse Bock-Gotha referierte über Straßenbau und -Verkehr in den Thüringer Kleinstaaten. Er schilderte die Bedeutung des Straßennetzes für den wirtschaftlichen Wohlstand und die allgemeine Entwicklung eines Landes. Trotz der riesenhaften Ausdehnung des Eisenbahnwesens und der Wasserstraßen habe auch heute noch die Straße eine große Bedeutung. Der Bau neuer und die Instandhaltung bestehender Straßen erfordere erhebliche Mittel. Da müsse man sich klar sein, wer die Unterhaltungspflicht dieses wichtigen Verkehrsmittels habe; hier könne nur der Staat in Frage kommen. Redner schilderte noch im einzelnen, ob und inwieweit die Nutznießer zur Unterhaltungspflicht heranzuziehen und in welcher Form derartige Gebühren zu erheben seien. Seine Erörterungen über das Gothaer sogenannte Automobilgesetz führen zu der Forderung, eigene Automobilstraßen zu schaffen. Redner erklärt, eine Resolution nicht vorlegen zu wollen, da die Frage noch eingehender Erörterung bedürfe. In einer umfangreichen Diskussion wird im Sinne des Referenten beschlossen, eine Bindung nach bestimmten Seiten hin abzulehnen. — Zum letzten Punkt der Tagesordnung referierte Gen. Hofmann-Saalfeld über Wasserfragen, Talsperren und Flußregulierungen in Thüringen. Es wurde beschlossen, den interessanten Vortrag möglichst im Wortlaut allen Thüringer Parteiblättern beizulegen. Eine Resolution des Referenten fand einstimmige Annahme. Damit war die Tagesordnung erledigt. Es wurde beschlossen, die nächste Konferenz in Rudolstadt abzuhalten.

Sozialdemokratische Landtagskandidatur in Baden. Im Wahlkreise Ettlingen-Pforzheim wurde der Genosse Müller-Pforzheim wieder als Landtagskandidat aufgestellt. Es besteht Aussicht, diesen Kreis, den die Bündler mit knapper Mehrheit geholt haben, bei den kommenden Wahlen zu erobern.

Gewerkschaftsbewegung.

Vom oberschlesischen Knappschaftsverein. Die oberschlesischen Bergwerksbesitzer und deren Vertreter, die Generaldirektoren, haben in jeder Instanz, wo es gilt, ihre Rechte zu wahren, eine unumschränkte Macht. Vor einigen Tagen tagte in Kattowitz die Generalversammlung des oberschlesischen Knappschaftsvereins. Das ganze Statut mußte auf Grund der Angestelltenversicherung und der Reichsversicherungsordnung abgeändert werden. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands stellte mehrere Anträge, wie: Erhöhung der Krankengelder und Pensionen, und andere. Für die Machthaber im oberschlesischen Bergbau ist das sehr unangenehm, und um für die Zukunft gesichert zu sein, haben sie im Statut des oberschlesischen Knappschaftsvereins folgenden § 120 Absatz 4 aufgenommen: „Die Stimmen der Werksbesitzer oder ihrer Vertreter werden in der Art berechnet, daß auf je 100 Mann der Belegschaft der durch sie vertretenen Werke eine Stimme kommt. Das angefangene Hundert wird voll berechnet. Für die Zählung ist die letzte Beitragsliste der Mitglieder maßgebend. Jedem Knappschaftsältesten steht für sich und als Vertreter anderer Knappschaftsältesten je eine Stimme zu.“ Solange dieser Passus im Statut des oberschlesischen Knappschaftsvereins gilt, solange haben die Vertreter der Bergknappen nichts zu sagen; sie sind nichts weiter als Vertreter mit vielen Pflichten und ohne Rechte. Die Bergwerksbesitzer oder deren Vertreter haben auf Grund des erwähnten § 130 Abs. 4 1512 Stimmen, während die Knappschaftsältesten insgesamt nur 115 Stimmen haben. So hat z. B. der königliche Bergwerksdirektor aus Zabrze, Wiggert, allein 222 Stimmen.

Der Streik bei der Weltfirma „Schlesische Holzindustrie“ in Langenöls ist nach zweiwöchiger Dauer mit einem glänzenden Siege der Arbeiter beendet. Die Arbeiter hatten bekanntlich als Antwort auf die von neuem einsetzende Maßregelungspraxis der Firma die Forderung aufgestellt, daß in Zukunft die Regelung ihrer Lohnverhältnisse durch die Organisation zu erfolgen habe; ferner hatten sie eine Anzahl von materiellen Forderungen gestellt, die für das künftige Vertragsverhältnis gelten sollten. Die Firma antwortete darauf mit der Anwerbung einiger Dutzend der berühmten Kaczmarekleute, deren Einzug in das friedliche Oertchen Langenöls wie Sprengpulver nicht nur bei der gesamten Bevölkerung, sondern auch bei den bis dahin stehengebliebenen Leuten des Betriebes wirkte. O diese nützlichen Elemente! Mit dem Augenblick ihres Eintreffens war es mit der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vorbei. Die Frechheiten und Provokationen dieser Leute gingen der gesamten Bürgerschaft, die sich bis dahin völlig neutral verhalten hatte, denn doch zu weit. Die Herren Nützlichen brachten es durch ihr Verhalten in ein paar Tagen fertig, der Direktion die vollständige Unhaltbarkeit des durch sie hervorgerufenen Zustandes so deutlich klar zu machen, daß dadurch der Weg für eine Verständigung mit den Streikenden und deren Organisationen geebnet wurde. Im Beisein der Direktion traten die beiderseitigen Zentralvorstände in Berlin zu einer Besprechung zusammen, um die Friedensbedingungen und die eventuelle Wiederaufnahme der Arbeit durch die alten Arbeiter in die Wege zu leiten. Die Arbeitervertreter stellten hierbei das Verlangen, am Orte selbst im Beisein der Arbeiter des Betriebes über diese Frage zu verhandeln, was alsdann am 3. November geschehen ist. Die Situation war jetzt so, daß die Firma gerade wegen der herangezogenen Arbeitswilligen dem Kampfe ein Ende machen mußte; sonst hätten diese Elemente am Ende nicht nur den ganzen Betrieb, sondern das ganze Dorf demoliert. Wer nicht persönlich die Gemeingefährlichkeit der Streikbrecher miterlebt und kennen gelernt hat, vermag sich kaum einen richtigen Begriff davon zu machen, was es heißt, sich in deren Nähe aufhalten zu müssen. So lautete denn die erste Bedingung für eine Verständigung: Sämtliche von auswärts herangeholten Arbeitswilligen werden sofort entlassen. Es ist weiter vereinbart, daß sämtliche alten Arbeiter sofort wieder eingestellt werden, und daß Maßregelungen nicht stattfinden dürfen. Bezüglich der künftigen Vertragsverhandlungen ist abgemacht, daß die Firma sich jeglicher Einzelverhandlungen oder Einzelabmachungen über die Regelung der Arbeitsverhältnisse enthält, und dieses in Zukunft nur mit den Organisationen erledigt wird. Die Firma erklärt sich bereit, bei diesen Verhandlungen, die alsbald aufgenommen werden sollen, eine etwaige Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung grundsätzlich zuzugestehen. Ferner sollen die Vertragsbestimmungen den Verträgen des Holzgewerbes angepaßt sowie die jetzt von den Arbeitern erhobenen sonstigen Forderungen als Grundlage für die Verhandlungen anerkannt werden. Die bisherige Vereinbarung der Firma in Langenöls auf Nichteinstellung von Arbeitern eines anderen Betriebes wird als ungültig erklärt. Es darf in Zukunft den Arbeitern in dieser Beziehung nichts in den Weg gelegt werden. Bei neuen Akkordarbeiten soll in Zukunft dem betreffenden Arbeiter sein früherer Durchschnittsverdienst garantiert sein. Alle gegenseitigen Maßregeln wie Kündigung der Wohnungen, Entlassungen, Sperren rc. gelten als aufgehoben. Nachdem die Räumung des Betriebes von Arbeitswilligen bis zum Mittag des 4. November von der Direktion zugesagt worden war, beschlossen die Streikenden ziemlich einstimmig, nunmehr die Arbeit wieder aufzunehmen.

Gemeindewahlerfolg. In dem preußischen Orte Farge bei Blumenthal wurden fünf Genossen in den Ortsausschuß, der zwölf Mitglieder zählt, gewählt. Bisher saßen zwei Genossen im Ausschuß.

Tarifabschluß in der Automobil-Industrie. In den Opelwerken in Rüsselsheim wurde mit den Arbeitern ein neuer Tarif abgeschlossen, der ihnen eine kürzere Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung um drei Pfennige pro Stunde bringt.

Die christlichen scheuen die Öffentlichkeit.

Der christliche Zentralverband des Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- usw. Arbeiter-Verband hielt Ende Oktober in Hannover seinen Verbandstag ab. Obwohl die Christen in den Begrüßungsreden noch ihren eigenen Mut bewunderten, der sie veranlaßte, ihren Verbandstag in der „roten Hochburg“ Hannover abzuhalten, sperrten sie Gäste und Pressevertreter von ihren Verhandlungen rücksichtslos aus; nur das hannoversche Zentrumsblatt erfreute sich der Gunst, über die Verhandlungen berichten zu dürfen. Diese bei Gewerkschaften, die reinen Schild und ehrliche Absichten haben, sonst nicht übliche Scheu vor der Öffentlichkeit ist bei dem Aschaffenburger Verbändchen erklärlich. Denn ein unglücklicheres Zerrbild einer gewerkschaftlichen Organisation dürfte es kaum geben, als diesen von dem Zentrumsabgeordneten Oswald geleiteten Pleiteklub.

Die Rat- und Hilflosigkeit der Strategen dieses Verbandes trat auch bei den Verhandlungen klar zutage. Vor allem in der Tatsache, daß über den wichtigsten Punkt der Tagesordnung: Die Reform des Verbandes, zwei Nichtmitglieder, die Herren Stegerwald und Schiffer von der Christlichen Gewerkschaftszentrale referierten, und weiter, daß der Verbandstag eine von Stegerwald vorgelegte Resolution annahm, in der die Aufteilung des Verbandes gefordert wird. Die Staats- und Gemeindearbeiter sollen von den Arbeitern der Privatindustrie getrennt werden. Die Ursache dieser Abtrennung liegt weniger in der absoluten Unfähigkeit des Aschaffenburger Verbandes, größere Teile dieser Arbeiterschaft zu gewinnen, als in der von den Zentrumschristen neuerdings, namentlich in Bayern, beliebten Hetze gegen das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter. Der Widerspruch zwischen der parlamentarischen Praxis des Zentrums, die das Streikrecht der Staatsarbeiter verneint und der gewerkschaftlichen Praxis im Aschaffenburger Verband, in dem den Staatsarbeitern das Streikrecht versprochen wird, war denn doch allzu groß. Also mußten die Staatsarbeiter ohne Streikrecht von den Privatarbeitern mit Streikrecht getrennt werden. Wie groß, richtiger, wie klein der Aschaffenburger Verband nach dieser Zwangsamputation noch sein wird, muß sich erst zeigen. Viel war ja schon seither nicht mit ihm los. Ende 1911 hatte der Verband 16 267 Mitglieder, das waren nur 797 mehr als vier Jahre früher.

Neben dieser „großen“ wurde noch eine kleine Verbandsreform vorgenommen. Der seitherige Vorsitzende Oswald lehnte eine Wiederwahl wegen „anderweitiger Arbeiten“ ab. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß der Verband nicht nur vom Pleitegeier, sondern auch vom Zwietrachtsteufel hart bedrängt wird, der besonders im Hauptbureau in Aschaffenburg sein Unwesen treiben soll.

Als Charakteristikum sei noch bemerkt, daß Stegerwald in seiner Begrüßungsrede erklärte, von den Feinden, die die christliche Gewerkschaftsbewegung bedrohen, sei die Sozialdemokratie der schlimmste. Wörtlich sagte er (nach dem Zentrumsblatt): „Die Sozialdemokraten sind uns gefährlicher als die Scharfmacher.“ Wenn das die Rechtfertigung für das schofle Verhalten der Christen bei politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter sein soll, dann müssen die Christen um durchschlagende Argumente sehr verlegen sein.

Auch der Verband der Nahrungs- und Genußmittelindustriearbeiter tagte Ende Oktober in Düsseldorf unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die paar Christen, die da als Delegierte ihres Verbandes zusammengekommen waren, gingen bequem in ein kleines Vereinszimmer hinein, dessen Eingang sorgfältig bewacht wurde, damit kein unchristliches Ohr etwas von den Verhandlungen vernehmen konnte. Es müssen doch wohl in diesem Verbande Dinge vor sich gehen, die sonst im gewerkschaftlichen Leben nicht üblich sind und daher bei ihrer Bekanntgabe einer Kritik nicht standhalten können. Bei Kennern gewerkschaftlicher Angelegenheiten wurde einer solchen Meinung zuerst Nahrung gegeben durch eine Betrachtung des Abschlusses des christlichen Nahrungsmittelarbeiterverbandes für das Jahr 1911. Man wunderte sich da über verschiedenes. Bei 2660 Mitgliedern und 33 047 Mk. Gesamteinnahme werden 7151 Mark Ausgaben für Agitation und 4345 Mk. für Streik- und Maßregelungsunterstützung abgeführt. Rechtsschutz- Kranken- und Sterbegeld, Reise- und Arbeitslosenunterstützung weisen zusammen 3611 Mk. Ausgaben auf, dagegen das Gehälterkonto nur 2690 Mk. Bei der notorischen Abneigung gegen

---

ihnen außer der gänzlichen Abgeschiedenheit noch die feste Lage ihres Hauses vor Augen: rückwärts ist die unzugängliche Seewand, links des Hauses stürzt der Blöckenstein mit einem vorspringenden Pfeiler senkrecht in das Wasser, und rechts, wo der See umgangen werden könne, ist der Paß durch eine künstliche Seebucht abgegraben und noch durch einen Verhau der größten Tannen geschützt, so daß der Zugang nur über den See möglich ist. Selbst für den Fall, daß sich ein Haufe bis in diese Einöden verschlüge, wisse Gregor einige Stunden von hier in den höchsten Klippen, nur ihm zugänglich, eine Höhle, wo er sie verbergen könnte, bis die Gefahr vorüber. Zwei Flöße, ein größeres und kleineres, auf jedem ein kugeldichtes Häuschen, stehen zu ihrer Verfügung, aber nie soll einer am jenseitigen Ufer selbst nicht für Augenblicke liegen bleiben, auch sollen sie die Spaziergänge nie über ihren Rasenplatz zwischen See und Felsenwand ausdehnen, ohne daß sie Gregor davon in Kenntnis setzen, oder er sie begleitet. Sei auch alle diese Vorsicht übertrieben, so diene sie zu seiner Beruhigung, daß er sich nicht sagen dürfe, er habe etwas vergessen, was vielleicht not täte. Gegen wilde Tiere brauchten sie ohne Furcht zu sein; das sei das Merkwürdige dieser Wälder, daß man nie in ihnen einen Wolf getroffen; Luchse seien höchst selten und nur in den dichtesten Beständen — und wenn ja ein Bär sie anfällig würde, so sei er ein zu gut gearteter Tier, als daß er nicht vor ihnen auf das eiligste davonliefe, dies habe er in seinem langen Leben wohl ein Dutzend mal gesehen — zudem sei ihnen Gregors Büchse immer zur Hand. So, denke er, seien sie hinlänglich geschützt, wenn nicht ein Wunder geschieht. Dann trug er ihnen noch auf, vorsichtig mit dem Lichte umzugehen, da alles von Holz sei; deswegen habe er auch die Küche abseits des Hauses in das steinerne Häuschen verlegt, damit von dieser Seite keine Gefahr entstehe. In der Kiste, die noch im Speisezimmer stehe, finden sie Stoffe von Seide, Wolle und Linnen; sie mögen zuschneiden und verarbeiten, wie viel sie wollen; Nadeln und Nähzeug liege auch im Vorrate dabei, nebstdem Bänder und Spitzen, auch Bücher, Papiere, Farben und bunte Tinte — in der dreieckigen Kiste ist die Harfe. Er hoffe, daß sie keinen Schaden gelitten haben werde, als man sie mit Seilen über Felsen herabblasen mußte — zurück wolle er sie über das Hirschtal bringen lassen — der Ritter lasse auch sein Ferngrat da, daß sie zuweilen auf den Blöckenstein steigen und damit gegen Wittinghausen sehen, ob es noch auf seinem Waldrande schwebe und vom Vater herübergrüße.

Bei diesen Worten traten ihm fast die Tränen in die Augen, er küßte und segnete sie — Felix, mit triumphaftem Zucken seines Gesichtes, umarmte und drückte sie ans Herz — seitwärts stand der rätselhafte Begleiter ihrer Reise, der Ritter, der Clarissa düster anstarrte. Diese aber wand sich aus der Umarmung des Bruders, und das edle wahre Auge, so schwarz oder schwärzer als seines, freundlichlieb und fest auf ihn richtend, reichte sie ihm die Hand und sagte, sie danke ihm recht herzlich und recht vielmal, daß er seine Kraft und Zeit so lange her verwendet habe, um das sicher und gut ins Werk zu führen, was ihnen jetzt Schutz gewähren werde — sie wünsche sehnlich ihm durch Taten ihren Dank zeigen zu können — — „wenn es in ihrer Macht wäre,“ setzte sie sehr leise hinzu. — —Johannas Augen ruhten mit höchster Spannung auf den Lippen des Ritters, allein diese öffneten sich ruhig und sagten die schönen Worte: „Ich tat, was ich tat, weil Ihr und Johanna gut seid; es würde mich betrüben, könnet Ihr auf Vergeltung. Handelt so oder so, es wird immer das Rechte sein.“

Man schwieg einen Augenblick von allen Seiten, dann reichte Johanna dem Ritter gleichsam, als ob er sie dauerte, auch die Hand mit den Worten: „Lebet recht wohl, guter und freundlicher Mann, und kommt recht bald wieder.“

„Ich dank Euch, schöne Muhme,“ antwortete er lächelnd, „aber das Bald ist fraglich, da ich wieder zu dem kaiserlichen Heere abgehe und erst kommen kann, wenn wir den Feldzug fröhlich beendet.“

Noch ein Umarmen, ein Schütteln der Hände zwischen Vater und Geschwistern — die Männer verließen das Gemach — im nächsten Augenblick waren sie am Strande und die Mädchen sahen lange vom Söller nach, wie die drei Gestalten, auf dem Floß stehend, langsam dem Wasser entlang schwebten, bis sie im entgegenliegenden Tannenwald verschwanden und gleich darauf die zwei Knechte mit dem leeren Floß zurückkehrten. — —

Seltsam und beklemmend mußte es ihnen freilich sein, wenn sie die ersten Tage aufwachten und die Morgenröte ihre frühesten Lichtströme hereingoß, über lauter Wald und lauter Wald — erbrausend von der Musik des Morgens, darunter nicht ein Ton, wie wir sie von Kindheit an gewohnt sind unter Menschenwohnungen zu hören, sondern ein Getue und Gepränge, ein Rufen, ein Heischen, ein Erzählen und Jauchzen — und darein oft plötzlich von dem nächsten Tannenast wie ein gesprochen Wort herabfallend, daß man erschrocken hinsah, aber nur ein fremdartiger Vogel schritt auf seinem Aste mit dem Kopfe blödsinnig nickend wie zum Einverständnis mit den Hinaufschauenden. — Aus den Tälern nah und fern stiegen indessen wie Rauchsäulen die Opfer der Morgennebel empor und zerschnitten die schwarzen breitgelagerten Massen. — Etwas Seltsames geschah Johanna schon am ersten Tage nach ihrer Ankunft: — — sie erwachte nämlich schon bei dem frühesten Tagesgrauen und neugierig, den See auch bei Tage zu betrachten, schlich sie sich bei dem Lager der noch tief schlummernden Schwester leise vorbei und ging auf die hölzerne Brüstung des Hauses hinaus — da zum Erschrecken nahe stand ein Hirsch am Fichtensaum in dem seichten Wasser, ein schöner, großer Hirsch, ihr gerade gegenüber am Ufer, wo der Verhau war. Verwundert betroffen und wohlgefällig sah sie auf das edle Tier, das seinerseits auch mit den unbeweglichen neugierigen Augen herüberglotzte auf das neue Wunderwerk der Wildnis, auf die weiße in der Morgenluft schwebende Gestalt und ihre bannenden Augen — das Haus mochte ihn weniger beirrt haben. — Mehrere Augenblicke dauerte die Szene, bis Johanna sich regte, worauf er den Kopf leicht erschrocken zurückwarf, sich langsam wendete und zurück in die Gebüsche schritt, die Tautropfen von ihnen in den See schüttelnd.

Ihren Garten, so hießen sie nämlich den großen Rasenplatz um das Haus, hatten sie bald durchwandert und durchforscht. Es war eine glänzend grüne natürliche Waldwiese, wie ein halber Mond herausgeschnitten aus dem See und der Felsenwand, der Morgen- und Mittagssonne offenliegend und nur im späten Nachmittage von der Seewand beschattet, wenn die Fichtengehege jenseits des Sees in düsterm Spätlicht glänzten. Landwärts stieg diese Wiese sanft auf, bis die ungeheuren senkrechten Felsen aus ihr emporwuchsen, zwischen ihren Schluchten ein paar mächtige Ströme von Steingerölle hervorschiebend gegen den weichen grünen Teppich des Rasens. In der Nähe des Hauses gegen die Wand schreitend, stand eine Gruppe von Buchen und riesenhaften Ahornen, deren Grün sehr hold abstach gegen das Düster der Fichten und Schwarzföhren. In ihrem Schatten waren Tischchen und Bänke angebracht. Zu erwähnen ist noch eine eiskalte Quelle, in einer Felsenvertiefung stehend, von solcher Durchsichtigkeit, daß, wenn das Gestein naß war, man nicht wußte, wo die Luft aufhöre und das Wasser beginne. Ihr Abfluß ging als kleines Bächlein unter einem Steine hervor und durchschnitt quer die Wiese, dem See zueilend.

So war diese Stelle nicht umsonst von dem Vater „wundersam lieblich und anmutsreich“ geheißen, eine warme und windstille Oase, geschützt von Felsen und See und bewacht von der ringsumliegenden heiligen Einöde der Wildnis.

(Fortsetzung folgt.)

Streiks ist die verhältnismäßige Höhe des Streikkontos mindestens verdächtig Aber wie steht es mit den Gehältern? Der Verband hat in Düsseldorf, seinem Hauptsitz, drei Beamte sitzen. In Goch ist seit einigen Jahren ebenfalls ein Beamter in Tätigkeit, außerdem hat er unseres Wissens noch in zwei Orten weitere Angestellte auf Rechnung der Zentralverwaltung. Wurden diese alle zusammen mit 2690 Mk. „besoldet" oder ist es wahr, was ein wissendes Mitglied ausplauderte, daß man die Gewohnheit habe, Beamtengehälter auf andere Konten zu verbuchen, um mit verhältnismäßig niedrigen Verwaltungskosten und hohen Unterstützungsausgaben prunken und agitieren zu können? Das wäre allerdings eine Methode, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätte. Der Verbandsleitung dürften, da sich die eigene Mitgliedschaft darüber unterhält, diese Vermutung nicht unbekannt geblieben sein. Sie hätte daher im Interesse des christlichen Verbandes gehandelt, die Tagung in aller Öffentlichkeit abzuhalten, wie es sonst allgemein anerkannte gewerkschaftliche Übung ist.

Die Teuerung.

Insterburg erhält ebenso wie Memel und Allenstein kein russisches Fleisch. Der Regierungspräsident in Gumbinnen hat dem Oberbürgermeister von Insterburg erklärt, daß er das Gesuch der Stadt beim Landwirtschaftsminister nicht befürworten könne.

Infolge Genusses von trichinösem Schweinefleisch, das auch bei der Wurstfabrikation Verwendung fand, erkrankten in mehreren Ortschaften bei Niesky (Schlesien) mehr als 60 Personen schwer. Das trichinöse Fleisch und die davon zubereitete Wurst wurde durch zwei Fleischer, die in zwei von den Massenerkrankungen betroffenen Ortschaften ansässig sind, in den Verkehr gebracht.

In Königsberg i. Pr. wurde am Dienstag zum ersten Male russisches Fleisch verkauft. Die Preise für Rindfleisch waren pro Pfund 1. Qualität 85 Pfg., 2. Qualität 80 Pfg., 3. Qualität 50 Pfg. Die Einfuhr russischen Fleisches bewirkte, daß die „Vereinigten Güter", eine aus Agrariern bestehende Gesellschaft, einheimisches Rindfleisch noch billiger anboten, nämlich zu 80, 75 und 45 Pfg.

Der Berliner Magistrat muß sich wiederum mit einer Erklärung gegen die Fleischerinnung wenden, die abermals die Behauptung verbreitet, daß das eingeführte Fleisch minderwertig sei. Die Erklärung besagt: „Es ist bedauerlich, daß die Fleischer wieder die Qualität des russischen Fleisches in die Debatte ziehen und über eine angebliche schlechte Beschaffenheit des Fleisches Behauptungen aufstellen, die durch die Tatsachen einwandfrei widerlegt worden seien. Insbesondere ist von verschiedenen Fachleuten übereinstimmend bekundet worden, daß das russische Fleisch von guter Mittelqualität sei, und die zahlreichen anerkennenden Zuschriften, die Oberbürgermeister Wermuth aus fast allen Kreisen der Bevölkerung über die Einfuhr des billigen Fleisches erhält, sind nicht minder ein Beweis dafür, daß diese Aktion den Interessen der Bevölkerung entspricht. Gewisse Schwierigkeiten, die sich zuerst dem Verkauf entgegengestellt hätten, seien jetzt überwunden und jede Bemühung, in dieser Frage des allgemeinen Volkswohls eine einseitige Interessenpolitik zu treiben, müßte an dem Widerstande der maßgebende Kreise scheitern, da diese der Überzeugung seien, daß die unbeeinflußte Bevölkerung geschlossen hinter ihnen steht."

Soziales.

Wahlen zur Angestelltenversicherung. In Saarbrücken erhielt die Freie Vereinigung von 1130 abgegebenen Stimmen 302, die Antisemiten 216. Die Freie Vereinigung erhält einen Vertrauensmann und einen Ersatzmann, die Antisemiten und der Werkmeisterverband je einen Ersatzmann. Drei Ersatzleute werden von den übrigen Verbänden gestellt. Das Resultat ist für die Freie Vereinigung um so bemerkenswerter, als die Saarbrücker Polizei in den letzten Tagen alles mögliche versucht hat, um die Agitation der Freien Vereinigung zu unterbinden. Wiederholt wurden Flugblattverbreiter sistiert, sogar eine Beschlagnahme der Flugblätter erfolgte. — In Hof i. B. erhielt die Freie Vereinigung von 457 abgegebenen Stimmen nur 35. Das städtische Plakatinstitut hatte der Freien Vereinigung den Anschlag von Plakaten verweigert, weil die Illustration des Plakates eine „Verächtlichmachung des Hauptausschusses" bedeutet haben sollte! — In Hagen i. W. übten von 1900 Wahlberechtigten 893 ihr Wahlrecht aus. Auf die fünf Listen der Gegner entfielen 845, auf die Freie Vereinigung nur 45 Stimmen. Die zu wählenden 3 Vertrauensmänner und 6 Ersatzmänner erhält sämtlich der Hauptausschuß, die Frei Vereinigung geht leer aus. — In Kronenberg (Rhld.) erhielt der Hauptausschuß 55 Stimmen, 2 Vertrauensmänner und 4 Ersatzmänner, die Freie Vereinigung 27 Stimmen, einen Vertrauens- und einen Ersatzmann. — In Posen erhielt die Freie Vereinigung mit 300 Stimmen einen Ersatzmann, der Hauptausschuß mit 870 Stimmen 2 Vertreter und 2 Ersatzleute und eine Mischmaschliste mit 1247 Stimmen 2 Vertreter und 5 Ersatzleute. — Vom Kreise Niederbarnim, in dem am Sonntag unter großer Beteiligung gewählt wurde, liegt das Resultat noch nicht vor. In einem Orte des Kreises, der extra wählte, Lichtenberg, erhielt die Freie Vereinigung von 1246 abgegebenen Stimmen 773, 2 Vertreter und 4 Ersatzmänner, der Hauptausschuß 463 Stimmen, einen Vertrauensmann und 2 Ersatzmänner. In der Amtshauptmannschaft Leipzig erhielten die Hauptausschußverbände 657 Stimmen, 2 Vertreter und 4 Ersatzleute. Die Freie Vereinigung brachte es auf 232 Stimmen. Sie erhielt einen Vertrauensmann und einen Ersatzmann. Gewiß ein schöner Erfolg der Freien Vereinigung in der Hochburg der nationalen Handlungsgehilfenverbände. — In Erfurt entfielen auf die Liste der Freien Vereinigung 378 Stimmen. Nur der Leipziger Verband konnte eine höhere Stimmenzahl (414) aufweisen; alle anderen Verbände erhielten weniger Stimmen. Trotzdem die Freie Vereinigung die zweitmeiste Stimmenzahl auf sich vereinigte, bekommt sie bei der Verteilung der Sitze nur einen Ersatzmann, da auch hier der Hauptausschuß sich das System der verbundenen Listen zunutze machte.

Hypotheken und Kinderseegen. Aus Schlesien wird der „Frankf. Ztg." unterm 28. Oktober geschrieben: „Wie die „Strehlener Zeitung" berichtet, suchte ein Maurer in Strehlen, der ein Haus mit 23 Kindern hat, um ein Hypotheken-Darlehn bei einer Landesversicherungsanstalt nach. Die Antwort lautete, da sein Haus mit Kindern überlastet sei, könne ihm ein Darlehen erst gewährt werden, wenn er durch Aufnahme kinderärmerer Familien anstatt der kinderreichen die Kinderzahl in seinem Hause auf das zulässige Maß reduziere. — Leider ist die Landesversicherungsanstalt, die auf diese Weise die Wohnungsot der kinderreichen Familien noch vergrößern hilft, nicht genannt." — Es kann sich in der vorstehenden Mitteilung nur um die Landesversicherungsanstalt für Schlesien in Breslau handeln. Wir können kaum annehmen, daß eine soziale Institution, wie eine Landesversicherungsanstalt sie darstellt, ein derart unsoziales, kleinlich-bureaukratisches Verhalten an den Tag gelegt haben soll, sintemalen doch die Gelder der Alters- und Invalidenversicherung gerade dazu bestimmt sind, als Hypothekendarlehen für Arbeiter und Kleinhandwerker Verwendung zu finden. Wir erwarten, daß die Landesversicherungsanstalt Schlesien sich zu der Angelegenheit äußert.

Kinderausbeutung in der Landwirtschaft. In der Landwirtschaft können Kinder unbeschränkt ausgebeutet werden. Das ist das Fazit folgenden Schriftwechsels, das zwar nichts Neues besagt, aber derart für sich selbst spricht, daß ein Kommentar dazu nicht notwendig ist.

„Herrn Ortsschulinspektor von Schönberg-Köthel (bei Meerane).

Unterzeichneter teilt dem Herrn Ortsschulinspektor mit, daß in unserer Gemeinde, bei Herrn Gutsbesitzer Ruß in Köthel, schulpflichtige Kinder von früh 4 Uhr bis abends 8 Uhr beschäftigt werden, die (außer der Schulzeit) nur ½ Stunde Frühstück, ½ Stunde Mittag und ½ Stunde Vesperpause haben. Es ist schon oft vorgekommen, daß die Kinder nicht einmal Zeit haben, das Frühstück zu verzehren, sondern es auf dem Schulweg essen.

Unterzeichneter bittet nun, daß der Herr Ortsverwaltungsinspektor (gemeint ist Ortsschulinspektor) die Angelegenheit in Ordnung bringt, da ich annehme, daß die Kinder nicht unter das Gesetz der Dienstboten gehören.

N. N. in Köthel."

Der Ortsschulinspektor gab das Schreiben der Gewerbeinspektion, von der folgende Antwort kam:

Beschluß der kgl. Gewerbeinspektion Chemnitz II vom 12. Oktober 1912.

Dem Ortsschulinspektor Herrn Pfarrer Naumann in Schönberg mit folgender Auskunft ergebenst zurückzureichen:

Alle bisher erlassenen, auf den Schutz der Kinder gegen die Gefahren des Erwerbslebens hinzielenden Gesetze — Gewerbeordnung, Kinderschutzgesetz und Hausarbeitergesetz — beschränken sich auf die Kinderbeschäftigung im Gewerbe. Zu letzterem wird nach verwaltungsrechtlichen Anschauungen die Landwirtschaft jedoch nicht gerechnet, so daß gegen die Kinderbeschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben nicht eingeschritten werden kann.

J. V.: gez. Morgner, Gewerbeinspektor.

Wäre es da nicht endlich an der Zeit, eine gesetzliche Handhabe zu schaffen, auf Grund deren gegen die überlange Beschäftigung von Kindern in der Landwirtschaft eingeschritten werden kann? Das wäre im Interesse der Volksgesundheit viel lohnender als das fortwährende Geschrei über den „Terrorismus" der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Aus dem Gerichtssaal.

Meineid aus Konkurrenzneid. Vor dem Chemnitzer Schwurgericht hatte sich wegen Meineids der Schilderfabrikant Ritzel zu verantworten. Aus Konkurrenzneid hatte er durch seinen Buchhalter auf der Schreibmaschine einen Brief herstellen lassen, in dem er einer Firma gegenüber die Schilder bemängelte, die diese Firma von einem Konkurrenten Ritzels hatte machen lassen. Die Konkurrenzfirma K. glaubte Anhalt dafür zu haben, daß der Brief von R. stamme. Sie beantragte deshalb ein Strafverfahren gegen ihn wegen unlauteren Wettbewerbs. In dem Prozeß hat nun R. geschworen, daß er von dem Briefe nichts wisse und ihn nicht veranlaßt habe. Nachdem er den Eid geleistet hatte, ließ er seinen Buchhalter ein Schriftstück unterzeichnen des Inhalts, daß er — der Buchhalter — den Brief nicht geschrieben habe. Dann sagte er zu ihm: So, nun habe ich doch etwas in den Händen, nun können Sie mich nicht anzeigen, denn da würden Sie selbst mit bestraft werden. Das machte dem Buchhalter Sorgen, und er holte sich eine Rechtsauskunft ein. Es wurde ihm gesagt, daß er verpflichtet sei, die Sache anzuzeigen; das ist auch geschehen. Ritzel wurde von den Geschworenen schuldig gesprochen und zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt und für dauernd eidesunfähig erklärt.

Einundzwanzig Milchpantscher vor Gericht. Das Verhandlungszimmer des Amtsgerichts Böblingen vermochte am Mittwoch kaum die Menge der Angeklagten und das Aufgebot an Zeugen zu fassen. Nicht weniger als 21 Angeklagte, alle Mitglieder der Molkereigenossenschaft in Ehningen, Oberamt Böblingen, hatten sich wegen Milchwässerung zu verantworten. Von Anfang März bis Ende Juli hatte die Milchzulieferung dieser Genossenschaft nach Stuttgart bei der Kontrolle daselbst fortgesetzt Anstände zutage gefördert, so daß sich die Stuttgarter Nahrungsmittelpolizei schließlich Ende Juli genötigt sah, zur Ausmittlung der einzelnen Fälscher unvermutet in Ehningen Proben im Augenblick der Übergabe der Milch seitens aller (115!) Produzenten zu entnehmen. Von jenen 115 Nachproben wurden seitens des Städtischen Laboratoriums in Stuttgart nicht weniger als 21 wegen Wässerung beanstandet. Nach den Ausführungen des Sachverständigen schwankten die einzelnen Wasserzusätze von ein Zehntel bis 2½ Liter. Das Urteil lautete gegen die 21 Produzenten auf 10 Mk. bezw. 40 Mk. Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils, soweit die Betreffenden nicht wegen Fahrlässigkeit verurteilt worden waren. Die Verurteilten haben sich ferner in die Kosten des Verfahrens zu teilen, die durch in diesem Falle notwendig gewordene umfassende Untersuchungen auf 2500 Mk. anwuchsen.

Aktendiebstahl und Spitzelkorruption. Das Schwurgericht in Köln verurteilte am Montag abend den Gerichtskanzlisten Blum zu vier Jahren Zuchthaus, den Kaufmann Graf zu vier Jahren Gefängnis und den Händler Wienen zu 2½ Jahren Zuchthaus. Der letztere trieb mit dem Kanzlisten zusammen gewerbsmäßig die Beseitigung von Gerichtsakten, zu denen Blum Zutritt hatte, da er einen Passepartoutschlüssel der betreffenden Gerichtsräume besaß. Wienen ließ sich dafür von Kupplerinnen, Bordellinhabern usw. Beträge von mehreren hundert Mark zahlen. In dem Prozeß wurde festgestellt, daß auch Akten dadurch verschwunden waren, daß ein Referendar sie mit in ein Bordell genommen und sie dort liegen gelassen hatte. In zwei Fällen waren auch aus den Akten des Polizeipräsidiums Straflisten gestohlen worden. In der Verhandlung gegen die drei Verurteilten mußte unumwunden zugegeben werden, daß ein im vorigen Jahre wegen Betruges zu drei Monaten verurteilter Mann namens von der Ruhr in dem Prozeß als Spitzel benutzt wurde. Der Polizeispitzel bot der Frau und dem Bruder des Graf wiederholt an, gegen Zahlung von mehreren tausend Mark ihnen Zusammenkünfte mit den Verhafteten zu verschaffen, schließlich sogar, diesem zur Flucht zu verhelfen, wofür er 5000 Mk. verlangte. Wiederholt sperrte man den Polizeispitzel mit Blum zusammen in eine Zelle, damit er diesen ausborche. Der Spitzel war während der Vernehmung von Zeugen zugegen. In einer Wirtschaft rühmte sich der von der Ruhr, ihm seien für seine Tätigkeit in dem Aktenprozeß 500 Mk. von behördlicher Seite versprochen, ferner wolle der betreffende Beamte seine Begnadigung herbeiführen. Tatsächlich hatte von der Ruhr während seiner Spitzeltätigkeit die ihm im vorigen Jahre wegen Betruges zudiktierte Strafe noch nicht abgebüßt.

Todesurteil. Das Schwurgericht zu Hanau hat den Arbeiter Koch-Bergen wegen Ermordung seiner 15jährigen Tochter zum Tode verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Wahnsinnstat. In der Gutzkowstraße in Schöneberg schoß ein junger Mann aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache einem Schuhmachermeister in den Kopf. Auf dessen Hilferufe flüchtete der Täter in das Haus Maxstraße 9, wo er im Hinterhause an einer Wohnung klingelte und der öffnenden Frau gleichfalls eine Kugel in den Leib jagte. Beide sind schwer verletzt. Der Täter wurde verhaftet; es ist ein Russe namens Wasinski; er ist Metalldreher.

Der Winter ist da. Wie aus dem Erzgebirge gemeldet wird, war dort der Verkehr in den letzten Tagen infolge Schneefalls nur auf Schlitten möglich. Im Thüringer Wald liegt der Schnee dreißig Zentimeter hoch. Während Mittelrußland bereits in Schnee und Eis erstarrt ist, ist auf der Halbinsel Krim prächtiges Sommerwetter eingezogen. Man erntet bereits den als verloren betrachteten Wein.

Erwischt. Kriminalbeamte nahmen in Düsseldorf den Einbrecher Johann Wippich aus Allenstein fest. Wippich hatte am 3. August in Haspe in Westfalen mit mehreren Komplizen, von denen einer erschossen wurde, einen Geldschrank beraubt und auf der Flucht durch das Ennepe-Tal einen Fabrikwächter und vier Polizeibeamte schwer verletzt. Bei seiner Festnahme, die im Bette erfolgte, hatte Wippich zwei geladene Revolver neben sich liegen. Wippich hat zahlreiche Einbruchsdiebstähle im Rheinland und in Westfalen verübt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. In dem Kasseler neuen städtischen Elektrizitätswerk am Hafen sind durch Platzen eines Heißwasserdampfrohres vier Arbeiter lebensgefährlich verbrüht worden.

Todessturz. Auf dem Flugplatz in Halberstadt sind gestern nachmittag zwei Flieger tödlich abgestürzt. Leutnant Altrichter vom Infanterieregiment Graf Tauentzien von Wittenberg Nr. 20 war auf einem Doppeldecker mit dem Ingenieur Meyer als Fluggast aufgestiegen. In zwanzig Meter Höhe versagte plötzlich der Motor und das Flugzeug stürzte senkrecht zur Erde. Ingenieur Meyer erlitt einen Genickbruch und war sofort tot. Leutnant Altrichter wurde mit schweren Schädelverletzungen in das Krankenhaus geschafft, wo er bald darauf verstarb. In Halberstädter Fliegerkreisen erzählt man, daß der Doppeldecker einen schlechten Motor hatte. Trotzdem waren die beiden Flieger aufgestiegen. Augenzeugen berichteten, daß das Flugzeug aus einer Höhe von vierzig Metern plötzlich senkrecht abstürzte. Andere berichteten, daß in dieser Höhe eine Rauchwolke aus dem Motor geschlagen habe, weshalb man auf eine Explosion des Motors schließen könne.

Massenerkrankungen nach einem Festmahl. In Rheinfelden in Baden erkrankten nach dem Festessen bei einer Buchdruckerversammlung 16 Personen an Margarinevergiftung. Von der Vergiftung wurden nur diejenigen Festteilnehmer betroffen, die Nudeln genossen hatten, die mit Margarine zubereitet waren. Es ist eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden.

Keine Gnade den Kaplänen. Das Gnadengesuch der fünf Diedenhofener Kapläne, die seinerzeit wegen vorschriftswidrigen Benehmens bei der Kontrollversammlung vom Oberkriegsgericht in Metz zu je sechs Monaten Festungshaft verurteilt worden waren, ist abschlägig beschieden worden. Die Verurteilten haben die Strafe am 15. November anzutreten.

Staatsgefährliche Lichtbilder. In Sommerfeld in der Provinz Brandenburg wurde am Montag abend der Lichtbildervortrag des Ingenieurs Gremve in einer Gewerkschaftsversammlung verboten, als um 12 Uhr die Bilder von den deutschen Barrikadenkämpfen vorgeführt wurden, mit der Begründung, daß diese Bilder eine Aufreizung der verschiedenen Bevölkerungsschichten zu Gewalttätigkeiten gegeneinander darstellen.

Die gestohlene Kaiserkette. Die Untersuchung gegen die Diebe der Kölner Kaiserkette hat ergeben, daß sechs bereits vorbestrafte Personen in Betracht kommen. Es steht fest, daß die Kaiserkette eingeschmolzen wurde; nur die Steine, die sie schmückte, sind erhalten geblieben. Diese wurden im Besitze eines Artisten vorgefunden.

Wie Abonnenten geworben werden. Die katholische Zeitschrift „Maria Hilf, Monatsschrift für alle Verehrer der Mutter Gottes von der immerwährenden Hilfe", wirbt folgendermaßen um neue Abonnenten:

„Wer diese Zeitschrift hält, kann:
1. in derselben unentgeltlich seine Anliegen zur besonderen Gebetsempfehlung veröffentlichen lassen;
2. jedes Jahr werden für sie 72 heilige Messen zu Ehren der Mutter von der immerwährenden Hilfe gelesen;
3. hat den besonderen Segen des heiligen Vaters."

Statt der Zölle auf Brot und Fleisch müßte im Deutschen Reiche die Dummheit versteuert werden. Eine gewaltige Summe würde zu Hauf kommen, so daß wir bald aller Finanzsorgen ledig wären.

Eine schlimme Sache. Ein Streik der Turmuhr in Schneidemühl hat zu einem Konflikt zwischen Bürgermeister und Pfarrer geführt. An der Haupteingangstür der katholischen Pfarrkirche war dieser Tage ein Zettel mit folgender Aufschrift angeschlagen:

„Bekanntmachung für die Katholiken der Pfarrkirche Dt.-Krone. Da die katholische Pfarrkirche durch den Gerichtsvollzieher unter Hinzuziehung der Polizei gewaltsam geöffnet worden ist, findet in derselben bis auf weiteres kein Gottesdienst statt. Auch an Wochentagen nicht. Es wird auch nicht geläutet werden. Dt.-Krone, 28. Oktober 1912. Kath. Pfarramt. Prandtke."

Veranlassung war die Turmuhr, die gleichzeitig offizielle Stadtuhr ist. Seit einigen Monaten streikt nun diese Uhr, und sowohl die Kirchengemeinde als auch der Magistrat vermögen sich über den Anteil an der Unterhaltungspflicht nicht zu einigen. Schließlich war vom Magistrat unter Zustimmung des Kirchenvorstandes die Sache dem Gericht zur Entscheidung übergeben worden. Da die Turmuhr als solche gar nicht reparaturbedürftig war, sondern nur das Schlagwerk, so bestand der Bürgermeister darauf, daß sie vor allem zum Gehen aufgezogen werde. Als der Probst dies verweigerte, ließ der Bürgermeister den Eingang durch den Gerichtsvollzieher unter Hinzuziehung der Polizei erzwingen, und so zeigt die Uhr nun wieder die Zeit an. Kurz darauf erfolgte der Zettelanschlag durch den Probst, welch letzterer auch sofort abreiste, ob zur persönlichen Beschwerde zu der

weltlichen oder kirchlichen Behörde, ist nicht bekannt. — Ja, ja, es mag Leute geben, die nicht nur den Zeiger der Turmuhr, sondern den Zeiger der Zeit zum Stillstehen bringen möchten.

Gesinnungsschnüffelei und kein Ende. Wiederholt schon ist von der sozialdemokratischen Presse kritisiert worden, daß nach der politischen Überzeugung, ja sogar nach dem Umgang von Personen geschnüffelt wird, die mit der Militärbehörde irgend etwas zu tun haben. Ein neuer Fall wird der „Schwäb. Tagw." aus Biberach berichtet. Das dortige Bezirkskommando zog beim Biberacher Stadtschultheißenamt über einen Gefreiten (Unteroffizieraspiranten) Erkundigungen ein. Das Bezirkskommando wollte wissen, ob der Mann seit seiner Entlassung vom Militär bestraft wurde, ob sonst etwas Nachteiliges gegen ihn vorliege, oder ob ihm das Zeugnis eines rechtschaffenen Mannes von anständiger Gesinnung gegeben werden könne. Der Wachtmeister stellte Erhebungen an, schrieb die Antwort und das Stadtschultheißenamt beglaubigte sie. Die Antwort lautet:

Gegen den . . . ist während seines Hierseins nichts Nachteiliges bekannt geworden, auch wurde derselbe hier nicht bestraft, so daß ihm im allgemeinen das Zeugnis eines rechtschaffenen Mannes von anständiger Gesinnung gegeben werden kann, wenn nicht sein ständiger Verkehr mit dem Führer der hiesigen Sozialdemokraten dieses Zeugnis beeinträchtigen sollte.

Wachtmeister Müller.

Gesehen: Stadtschultheißenamt. Müller.

Der Mann ist also nicht bestraft, ist sogar polizeilich für rechtschaffen und von anständiger Gesinnung befunden. Alles wäre recht, wenn er nicht — es ist schrecklich — mit dem Führer der Sozialdemokratie in ständigem Verkehr stünde! Was geht denn das Stadtschultheißenamt, den Wachtmeister und die Militärbehörde an, mit wem jemand verkehrt? Der Verkehr ist aber wirklich etwas Arges; er geht sogar soweit, daß die beiden den ganzen Tag zusammen sind, denn — sie arbeiten in einem Betriebe! Es ist ein Skandal, daß derartige Beurkundungen immer noch möglich sind. Von zuständiger Seite geschieht nichts, ihnen ein Ende zu machen. Im Gegenteil. Die Behörden, die Auskünfte erteilen, scheinen es für ihre Pflicht zu halten, jeden Menschen auf Schritt und Tritt zu überwachen, damit sie ihm jeden Augenblick einen Steckbrief ausstellen können. Dazu sind die Behörden und die Beamten aber nicht da!

Eine besonders brutale Kampfesweise gegen die Arbeiterjugend belieben sächsische Schulbehörden. Zöglingen des Volksbildungsvereins in Eppendorf bei Chemnitz ist folgendes Schreiben zugegangen:

„Herrn . . . . . ., hier.

Laut der hier ergangenen Anzeige sind Sie beschuldigt, sich wieder am Turnunterricht des sozialdemokratischen Vereins in Eppendof zu beteiligen.

Da Sie trotz der verbüßten Karzerstrafe von zwei Stunden sich wieder an diesem Turnen beteiligen, wird Ihnen eine weitere Karzerstrafe von vier Stunden auferlegt.

Sie haben sich daher zur Verbüßung dieser Strafe Sonntag, den 27. Oktober 1912, 4 Uhr nachmittags, in der Schule einzufinden und beim Schulhausmann zu melden.

Der Schulvorstand. gez. Uhlig, Vorsitzender."

Die Herren scheinen gar nicht zu wissen, daß sich der Sozialdemokratische Verein überhaupt nicht mit Turnen befaßt und ferner, daß Personen unter 18 Jahren diesem Verein gar nicht angehören können. Es scheint fast, als ob in Sachsen jeder Fortbildungsschüler bestraft werden soll, der sich in patriotischen Vereinen nicht aufhält, gleichviel, ob er turnt oder nicht. Die Erfolge dieser Art Jugendretterei werden der Sozialdemokratie zugute kommen.

Tod und Begräbnis des Statusquo. Der Pariser „Matin" veröffentlicht am 1. November mit Trauerrand folgende Todesanzeige: „Sie sind gebeten, dem Leichenbegängnis und dem Begräbnis des Herrn Statusquo, Diplomat, beizuwohnen, der am 30. Oktober 1912 in Mazedonien im Alter von 459 Jahren verschieden ist. Die Trauerfeier wird in den nächsten Tagen in der christlichen Sophien-Kirche in Konstantinopel abgehalten. Glaube an Allah und an seinen Propheten und du wirst im Paradies die ewigen Liebkosungen der Huris empfangen. (Koran XXV.) Man wird sich im Sterbehause versammeln. Die trauernden Hinterbliebenen: Die Türkei als Witwe; Oesterreich als Mutter; England als Schwiegermutter; Bulgarien, Serbien und Griechenland als Töchter, Montenegro als Enkel; Rußland als Schwägerin; Deutschland, Frankreich und Italien als Vettern und Basen. Die Bestattung wird in Kleinasien stattfinden."

Erdbeben auf den Azoren. In der Ortschaft Praia da Viktoria auf der Azoreninsel Terceira wurden in den letzten Tagen Erdstöße wahrgenommen, die Materialschaden verursacht haben.

Schreckenstat eines Tobsüchtigen. Nach einer Blättermeldung aus Madrid hat ein Passagier des in Cadix eingetroffenen transatlantischen Dampfers „Catilina", namens Les Coude in einem Tobsuchtsanfall zehn Mitreisende und drei Matrosen durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt.

Briefkasten.

C. S. Der deutsche Kreuzer „Hertha" ankerte gestern einige Stunden im Hafen von Malta, um sich zu verproviantieren. Er ist darauf wieder in See gegangen, wie es heißt, nach Mersina.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten".

Gustav Jäde, Lübeck Holstenstraße 1 Fernsprech. 761
Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung, Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen. Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daunen, Teppiche Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Buxkin, Schlaf- u. Reisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche, Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpfe, Handschuhe, Schlipse etc. Aussteuer-Artikel.

Praktischer Wegweiser
Erscheint einmal wöchentlich • empfehlenswerter Geschäfte • Zur Beachtung empfohlen

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Alumin.-Geschirr
Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt
Fernruf 672 Mühlenstr. 36—40

Arbeiter-Artik. Manufakturw.
Otto Albers
Markt 4 Kohlmarkt 10
Viel benutzte Bezugsquelle für Manufakturwaren und Garderoben aller Art

Arbeiter- und Berufskleidg.
J. H. Pein
am Markt
Herren- und Knaben-Garderobe, Berufskleidung, Hüte und Mützen.

Bäckereien
Nicolaus Pauß Fein-, Grobbäckerei Altstr. 32.
P. Johannsen Konditorei [illegible] 31

Brauereien
Trinkt **Adler-Biere**

H. Lück
Brauerei zur Walkmühle

Trinkt **Lübecker Vereins-Bräu**

Trinkt **Kieler Schloßbräu**
Vertreter für Lübeck und Umgegend:
Fr. Kropf, Brauerei Ashbar
[illegible]straße 27.

H. Lipp[illegible] Empfehlensw. Lokal [illegible]

Brot-Fabrik
Lübecker Central-Brotfabrik
Rich. Spangenberg
Lindenstr. 20-22. Fernruf 256
„Juwelbrot"
wohlschmeckendes Kraft- u. Nährbrot
Backwaren jeglicher Art.

Pflanzen-Butter
Delikateß-Eigelb-Pflanzenbutter
Edel Margarine
„Heimchen"
das Pfund 80 Pfg.
Otto H. C. Voigt
Johannisstraße 22

Cigarrenhdlg.
Elisabeth Sühr
Untertrave 20.
Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.
H. Möller Holstenstraße 42

Eisenwaren u. Werkzeuge
G. Kagel & Co.
Sandstr. 12 Tel. 307

Fleisch- und Wurstwaren
Ch. Hamann
Schlachterei
Markt 7 Kohlmarkt 4
Telephon 8923
Herm. Miljes
Schüsselbuden Nr. 30
Herm. Spangenberg
Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren
Schwartauer-Allee 59

Gesundheits-Brot
Verlangt
Simonsbrot
Vollkornbrot a. reinem Roggen
[illegible]
- ärztlich empfohlen! -
Erhältlich in 50 Niederlagen.

Glas, Porzellan
ARNOLD BERG
Breitestrasse 35.

Kaufhaus Siegfried Ittmann
Breite Str. 33, 1. Etage
Einzel-Möbel sowie kompl. Wohng.-Einrichtg. | Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion Arbeiter-Garderb. | Manufaktur-Waren Wäsche, Teppiche, Kinderwagen etc.
Auf Teilzahlung
in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

Garten-Sämereien
Friedrich Michael
Breitestraße 49

Herrenartikel
Heinrich Waller Breite Str. 60.
Spez.-Geschäft in Handschuhen u. Krawatten, Herren-Wäsche.
Ernst Wehde
Beckergrube 33
Hüte, Mützen.

Kolonialwaren u. Kaffeeröst.
Fritz Kruse
Inhaber: Paul W. Pötger
Schüsselbuden 32
Kaffee's
sämtlicher Preislagen von Mark 1.40 an

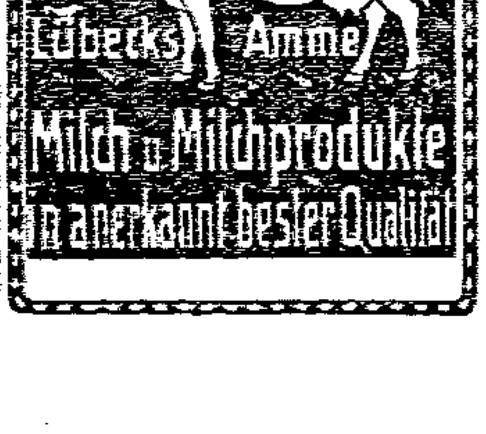
Kinotheater
Metropol-Theater
Nur Breitestr., beim Rathause
Täglich ununterbrochen Vorstellung von 4—11 Uhr.
Jeden Sonnabend u. Mittwoch neues Programm.
Sonntag nachm. v. 2-4 Kinder-Vorstellung.

Lichtspiele
Neues Lichtspiel-Theater
Breitestr. 12 neben Hansa-Café
Größtes, am besten ventiliertes u. der Neuzeit entsprechendes Lichtspiel-Etablissement.

Theater
Besucht das
Varieté International
Untertrave 53

Lederwaren u. Reiseartikel
J. H. Busson
Sattler, Sandstr. 8
Portemonnaies
Lederwaren
Brieftaschen
Ränzel
Schultaschen
Rucksäcke
Reit- und Fahr-Artikel
Wilh. Krentzfeldt
Lederhandlung, sämtl. Schuhmacherartikel
Fischergrube 23
E. Teuteberg Untertrave 66. Sohlenausschnitt. Schuhmachart

Mineralwasser u. Spirituosen
J. C. Wessel
Gr. Gröpelgrube 21—23 Tel. 750.
Verlangen Sie
Buntekuh-Kümmel
Dr. Nickell Spezialfabr. zur alkoholfreier Getränke. Tel. 1070.

Meierei


Möbelmagazin
Herm. Rist Hunde-Str. 13.
billigste Bezugsquelle
Eig. Tischler- u. Tapezierwkst.

Musikinstrum.
Meyer & Eggert
Königstraße 116.

Öfen und Herde
F. STEEN
Wahnstraße 58
Irdenes Gebrauchsgeschirr

Photographien
Samson & Co.
Breitestraße 39.
Erstes Atelier mit - billigen Preisen -
Amateur Bedarfsartikel.

Tapeten
Fritz Rehm
Beckergrube 20.

Treibriemen u. Sattlerwaren
H. Köppke & Eggers
Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr
Reise-Utensilien, Schulmapp.
Taschen, Portemonnaies etc.
Hüxstraße 29.

Thüringer Wurstfabrik
Ihre Fabrikate empfiehlt angelegentlichst die
Thüringer Wurst- und Fleisch-Konserven-Fabrik
August Scheere, Lübeck
Beim Retteich 14
Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

Uhren- und Goldwaren

L. Behnfeldt, Uhrm.
Uhren-Rep.-Werkstatt.
Pfaffenstraße 4.
A. Matern
Schweizer Uhren-Rep.-Werkst.
Beckergr. 45 v.-a.-v. Eulenbergs Varieté

Eutin
Deutsches Haus
Kleiestr. 7
hält sich Vereinen u. Touristen bestens empfohlen.
Paul Schröder.
Ludw. Grandt
Tischlerei und Möbelmagazin
Schuhwarenhaus R. Bendt
beste Bezugsquelle in Arbeiterschuhen sow. auch bess. Schuhwar.

Mölln
Otto Greve
Gastwirtschaft und Destillation.
Wilh. Lübcke
Restaurant Lübecker Hof
Klub- und Ballokal. Kegelbahn.
Rud. Hübener, Uhren u. Goldwar.
Ludw. Kuhn, Herr.- u. Damenh. Mützen, Pelzwar.
Chr. Voss & Sohn, Schuhwaren u. Repar.-Wkst.

Schlutup
Otto Liebenow
Uhren, Goldwaren, Musikwerke
- Eigene Reparaturwerkstätte. -
W. Richter
Uhren u. Goldwaren nebst eigener Reparaturwerkstatt
Gasthofz. Post H. Vetter Empfehlensw. Lokal.
Hugo Krogmann Photographisches Atelier.
Ad. Saborowski Verkehrslokal d. Gewerkschaft.

Schwartau
Herm. G. Schmidt
Markt 18
Uhren, Goldwaren u. Reparaturen.
Adler-Drogerie Inh. Hans Grampp
Farben, Lacke, Kräftigungsmittel.
Alb. Gleiß Schlachterei ff. Fleisch- u. Wurstwar.
A. Klünder Schuhwarenhaus Markt 17.
Rob. Pinkert Verkehrslokal der freien Gewerkschaft.
L. Schaap Manufakturwaren Arbeitergarderobe.